

Volksmacht

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Inserionsgebühr die sechs gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Insetate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32

Telephon für Redaktion
und Expedition 2637

Nr. 80.

Danzig, den 2. Oktober 1912.

3. Jahrgang.

Parteigenossen!

Der Parteitag in Chemnitz hat alle Hoffnungen, die das Proletariat auf ihn gesetzt hat, in reichem Maße erfüllt. Geschlossen und willenskräftig geht die deutsche Sozialdemokratie an die Bewältigung der schweren Aufgaben, die sie zu erfüllen hat. Als Wortführer aller Bedrückten und Beladenen wird sie den entschiedensten

Kampf gegen die Nahrungspolitik

der Schutzöllner weiterführen, die in gewissenloser Weise die breiten Massen des Volkes darben lassen und frühem Siechtum preisgeben. Allen Versuchen, die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen nach Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter zu hemmen, wird sie den nachdrücklichsten Widerstand leisten. Der Parteitag hat gezeigt, wie notwendig vielmehr der

Ausbau der Arbeiterschutzgesetze

ist. Gegenüber den Konflikten der Völker, die der Imperialismus immer wieder erzeugt, wird die Sozialdemokratie die internationale Solidarität des Proletariats noch mehr stärken und alles aufbieten, um die drohende grauenvolle Kriegsgefahr zu beseitigen. Allen Kriegshebern gilt ihre Feindschaft, dem wahnwitzigen Wettrüsten gilt ihr unablässiger Kampf.

Der vom Parteitag beschlossene

Ausbau der Organisation

wird die Schlagkraft der Partei erhöhen. Zuversichtlich dürfen wir erwarten, daß die Kämpfe um ein gleiches Wahlrecht das Proletariat in zäher Entschlossenheit auf dem Platze finden werden.

Gegenüber der organisierten Macht des Unternehmertums erwächst uns die Pflicht, unermüdet daran zu arbeiten, daß die

Aufklärung über unser Ziel

in immer weitere Kreise dringt, daß unsere Reihen immer mehr gestärkt werden.

Parteigenossen! Sorgt für die

Bereitstellung unserer Presse!

Organisiert Euch! Bringt den letzten Arbeiter in eure politischen und wirtschaftlichen Kampforganisationen! Nur so könnt ihr mit Erfolg die schweren Kämpfe durchführen, die euch bevorstehen.

Hoch die völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Der Parteivorstand.

Berlin, den 27. September 1912.

Bebel. Braun. Brühl. Ebert. Gerich. Haase. Molkenbühr. Müller. Pfannkuch. Scheidemann. Wengels. Zieg.

Die große Tat der Regierung.

Kaum eine Bettelsuppe.

Fast unglaublich klingt es, doch es ist wahr: die Regierung hat sich aufgerafft, um der Fleischnot zu „steuern“. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt die Weisheit der Regierung mit einem großen Aufwand von Wortschwall den darbenenden Arbeitern auf den Präsentierteller.

Die große gefüllte Kompottschüssel sieht so aus:

Die preussische Staatsregierung hat beschlossen, gegen die herrschende Fleischsteigerung vorübergehend folgende Erleichterungen der Vieh- und Fleischzufuhr aus dem Auslande einzuführen:

1. Für große Städte, die als Märkte für Vieh- und Fleischpreise ganzer Landesteile maßgebend sind, soll die Einfuhr von frischem Rindfleisch aus dem europäischen Rußland und von frischem Rind- und Schweinefleisch aus Serbien, Rumänien und Bulgarien im Wege besonderer Genehmigung zugelassen werden, wenn das Fleisch zu einem unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten möglichst niedrigen Preise an die Verbraucher verkauft wird. Die Beförderung des Fleisches bis zum Bestimmungsort muß in plombierten Wagen erfolgen.

2. Unter den gleichen Bedingungen soll die Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Rußland im Wege besonderer Genehmigung in einzelnen größeren Städten des Ostens, bei denen für eine derartige Versorgung ein besonderes Bedürfnis besteht, gestattet werden.

3. Unter den gleichen Bedingungen soll ferner die Einfuhr von Schlachtrindern aus den Niederlanden im Wege besonderer Genehmigung in hierzu geeignete öffentliche Schlachthöfe großer Städte unter den für die Einfuhr von Schlachtwieh aus Oesterreich-Ungarn geltenden veterinärpolizeilichen Vorsichtsmaßnahmen und Bedingungen gestattet werden.

Die besonderen Genehmigungen (1-3) sollen unbeschadet der bestehenden Einfuhrverbote erteilt werden.

4. Das Verbot der Einfuhr von frischem Rindfleisch aus Belgien wird aufgehoben werden.

5. Endlich ist für den Fall des Bedürfnisses eine vorübergehende Erhöhung des für das ober-schlesische Industriegebiet bestimmten Kontingents russischer Schlachtschweine in Aussicht genommen.

Ferner sind auf dem Gebiete der Eisenbahntarife preussischerseits folgende Maßnahmen in Aussicht genommen:

1. Der mit Ende dieses Jahres ablaufende Ausnahmetarif für frisches Fleisch, der gegenüber den normalen Tariffüssen wesentliche Preisermäßigungen enthält, wird auf ein weiteres Jahr verlängert und noch weiter verbilligt. Von den so ermäßigten Tariffüssen wird außerdem ein weiterer Frachtnachlaß von 20 Prozent gewährt:

a) zugunsten von Gemeinden und Organisationen, die die Sendungen in Ausübung gemeinnütziger Tätigkeit an Verbraucher oder an Fleischer zum Verkauf zu unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten Preisen abgeben.

b) zugunsten gewerblicher Unternehmer, die die Sendungen zu oder unter den Selbstkosten an eigene Angestellte oder zwecks Verkauf an eigene Angestellte zu unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten Preisen abgeben.

2. Unter den gleichen Bedingungen wird ein Nachlaß, und zwar von 30 Prozent von den Frachttüssen für lebendes Vieh gewährt.

Soweit gefrorenes Fleisch zur Einfuhr zugelassen ist, gelten die Ermäßigungen des Eisenbahntarifs auch für gefrorenes Fleisch.

3. Die Vergünstigungen, die zugunsten von Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen beim Bezug von Seefischen bestehen (Frachtnachlaß von 20 Prozent), bleiben auch für das Jahr 1913 in Kraft.

4. Die Tarife für Futtermittel und Mais werden unter der Bedingung, daß die Frachtermäßigung dem Viehhalter zugute kommt, bis Ende September 1913 auf den Spezialtarif 3 zurückgeführt, was eine Frachtermäßigung um fast die Hälfte bedeutet.

Ein gleiches Vorgehen ist bei den übrigen Staatseisenbahnverwaltungen angeregt worden.

Endlich ist um die Mitwirkung der Gemeinden an der Fleischversorgung zu fördern, dem Bundesrat der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt worden, der den Bundesrat ermächtigt, für die Zeit bis zum 31. März 1914 mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 ab an Gemeinden, die frisches, auch gefrorenes Fleisch von Vieh aus dem Auslande für eigene Rechnung einführen und unter Einhaltung der vom Bundesrat vorzuschreibenden Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher gelangen lassen, den nach Nr. 108 des Zolltarifs erhobenen Eingangszoll bis auf einen Betrag zu erlassen, der sich ergibt, wenn anstatt der Zollsätze von 35 oder 27 Mark der Zollsatz von 18 Mark für den Doppelpreiser zugrunde gelegt wird.

Bei den geringen Ansprüchen, die man in Deutschland an das Verständnis der Regierung für die Lage und Bedürfnisse des arbeitenden Volkes zu stellen gewohnt ist, bedeutet das immerhin etwas. Werden doch nun die in letzter Zeit in verstärkter Maße wiederholten Behauptungen, die sich auch die Regierung bis vor kurzem ganz zu eigen machte, daß eine Vieh- und Fleischnot nicht bestände, Lügen gestraft. Die Regierungskundgebung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, die wir oben zum Abdruck bringen, erklärt ohne Einschränkung, daß die Fleischpreise eine erhebliche Höhe erreicht haben, daß der Auftrieb an Vieh einen bedenklichen Rückgang aufzuweisen habe und daß die dauernde Sicher-

stellung unserer Fleischversorgung noch durch eine Reihe von Maßnahmen zu fördern sei.

Angesichts dieses Eingeständnisses, daß unsere heimische Landwirtschaft den augenblicklichen Bedarf überhaupt nicht und vor allem nicht zu erschwinglichen Preisen befriedigen kann, müssen aber die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen völlig ungenügend erscheinen.

Wenn die Regierung schon mehrere Wochen für die Ermäßigung der Teuerungsraten braucht — und vor dieser Ermäßigung dürfte ihr die Frage durch die jährlich wiederkehrenden Notstandsdebatten doch auch wohl nicht ganz fremd gewesen sein — wenn die Regierung so hochmütig die Forderung auf Einberufung des Reichstages abwies und alles allein machen wollte, so hätte man erwarten können, daß sie nun auch wirklich einigermaßen ordentliche Arbeit geleistet hätte. Aber sie streift in ihren Vorschlägen die dauernden Maßnahmen nur ganz flüchtig, so daß keine Sicherheit vor der Wiederkehr ähnlicher außerordentlich drückender Notstandszeiten geboten wird. Und auch die Vorschläge zur vorübergehenden Erleichterung erscheinen bei näherer Prüfung belanglos. Mit einem großen Aufwand von Scharfsinn sind möglichst komplizierte Bestimmungen erdacht worden, um den Anschein vielgestaltiger Hilfe zu erwecken, ohne doch wirklich wesentliches zu leisten. Klar, kurz, radikale Besserung ersprechend und leicht durchführbar sind die Forderungen des Volkes: Öffnung der Grenzen für Fleisch und Brot. Komplizierte und schwer kontrollierbare Mittel sind die Halbkonzeptionen der Regierung. Unbegreiflich ist es, weshalb nur große Städte die Vorteile der Einfuhr genießen sollen. Das ganze Land leidet unter der Teuerung; auch die mittleren und kleineren Städte, Dörfer und selbst das platte Land leiden Not. Die Erleichterung der Einfuhr durch Beibehaltung der geltenden veterinärpolizeilichen Bestimmungen wird durch das Erfordernis besonderer behördlicher Genehmigung noch erhöht. Nur für die Einfuhr frischen Rindfleischs aus Belgien gelten nicht die Sonderbeschränkungen. Die Rücksicht auf die deutschen Agrarier schaut doch zu offen aus dieser verschiedenen Behandlung der einzelnen Länder hervor. Das industrielle Belgien, das kein Vieh abgeben kann, darf frei einführen. Die Einfuhr aus Rußland und den Balkanstaaten, die eher für eine Versorgung deutscher Märkte in Betracht kommen, unterliegen dagegen besonderen Beschränkungen.

Den Agrariern möglichst wenig wehe tun, das ist das Leitmotiv der Erleichterungen. Sie sollen nur vorübergehende Maßregeln sein, sie werden nur in der Form von Dispensen unter Aufrechterhaltung der bestehenden Einfuhrverbote gestattet, sie gelten nur im beschränkten Wirkungsbereich einzelner Städte. Auch die Ermäßigung der Eisenbahntarife für die Beförderung von Futtermitteln, Mais, Vieh, Fleisch und Seefischen, deren voller Nutzen ganz oder zum großen Teil wieder auf Gemeinden und Organisationen beschränkt ist, vermag die geringfügigen Maßnahmen noch nicht zu ausreichenden zu gestalten.

Selbst die für die Zukunft in Aussicht gestellte Ermäßigung der Einfuhrzölle für Fleisch von 27 Mark auf 18 Mark bleibt eine ganz ungenügende Halbheit. Auch diese Maßregel wird wieder auf von den Gemeinden bezogenes Fleisch beschränkt. Mit aller Gewalt will die Regierung die Großstädte zur Fleischversorgung heranziehen. An sich haben wir gewiß nichts gegen diese endliche Erfüllung einer municipal-sozialistischen Forderung einzuwenden. Aber wir werden den Verdacht nicht los, daß nicht etwa bei der Regierung der Wunsch dahinter steckt, auf die Städte alle Schuld abwälzen zu können, sobald die einsehenden Hilfsaktionen sich als unzureichend erweisen.

Mit diesen kleinen Mitteln sind die Vorschläge der Regierung erschöpft. Ausdrücklich wehrt sie sich gegen die Forderung, daß der Paragraph 12 des Fleischbeschaugesetzes aufgehoben werde. Sie wiederholt die falsche Behauptung, daß die jetzigen Vorschriften allein die Volksgesundheit und die heimische Landwirtschaft — die Regierung stellt selbst beides nebeneinander — schützen.

Um so dringender ist es, daß die Volkserleichterung Gelegenheit bekommt, zu der dringendsten Frage des deutschen Volkes Stellung zu nehmen. Die Vorschläge der Regierung sind ganz ungenügend. Der Regierung ist es nur um Scheinmaßnahmen zu tun gewesen, die das Volk beschwichtigen sollen, aber die Seele der wahren Befürworter unverletzt lassen. Alle Sachkundigen sind darin einig, daß die Aufhebung der Zölle und die Aenderung des Fleischbeschaugesetzes unbedingt nötig sind, um die dauernde Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zu gewährleisten. Dazu muß der Reichstag Stellung nehmen können.

Die Regierung darf ihn daran nicht länger hindern, denn sie selbst hat nicht die Kraft, Ausreichendes zu leisten. Gerade das Ungenügende ihrer Leistungen zeigt ja, daß sie nicht den Willen und nicht die Macht hat, sich der Diktatur der Junker zu entziehen. Deshalb muß dem Reichstag sein verfassungsmäßiges Recht werden! Nie war noch ein Anlaß zur Einberufung des Parlaments dringlicher als dieser. Wir fordern nun erst recht die Einberufung des Reichstages, damit er die unzureichenden Regierungsmaßnahmen durchgreifend erweitern kann.

Keiner Schwindel.

Wenn andere Zeitungen schreiben, daß die Fleischsteigerung durch die zwei Tropfen der Regierung aufgehoben sein soll, so ist dies der reine Schwindel.

Der Prozeß Borchardt-Weinert.

Am Sonnabend wurde die Verhandlung in dem Juntergerwallst gegen die Abgeordneten Borchardt und Weinert fortgesetzt. Nach kurzer Verhandlung zog sich das Gericht zurück, um das Urteil zu fällen.

Nach 1 1/2 stündiger Beratung des Gerichts verurteilt Landgerichtsdirektor Schmidt folgendes Urteil:

Der Angeklagte Borchardt wird wegen Hausfriedensbruch und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 100 Mark, der Angeklagte Weinert wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die wesentlichen Gesichtspunkte der Begründung sind folgende: Das Gericht ist zu der Ansicht gekommen, daß der Paragraph 64 der Gerichtsordnung, soweit es sich auf die Ausweisung eines Abgeordneten bezieht und soweit darin zum Ausdruck kommt, daß der Präsident einen Abgeordneten für den Rest der Sitzung auszuscheiden darf, mit der preussischen Verfassung nicht in Widerspruch steht. Die Verfassung bestimmt in Artikel 78, daß beide Kammern ihren Geschäftsgang und ihre Disziplin durch eine Geschäftsordnung regeln. Durch welche Mittel ist in der Verfassung nicht bestimmt. Daraus ist zu entnehmen, daß der Gesetzgeber die Wahl der Mittel den Kammern selbständig überlassen wollte. Bei der Beratung der Verfassung ist zum Ausdruck gekommen, daß die Ausweisung eines Abgeordneten einmal notwendig sein kann. Diese in der Kommission ausgesprochene Ansicht ist dem Plenum unterbreitet und es hat keinen Widerspruch dagegen erhoben. Die Aufnahme dieser Bestimmung in die Verfassung ist nicht erfolgt, weil es das Abgeordnetenhaus damals nicht für notwendig gehalten und auch wohl nicht erwartet hat, daß ein solcher Fall einmal vorkommen könnte. Wenn die Ausweisung eines Abgeordneten aus dem Sitzungssaal unzulässig wäre, dann könnte der Fall eintreten, daß ein Abgeordneter die ganze gesetzgeberische Tätigkeit der Kammer lahm legt. Dazu hat die Verfassung zweifellos nicht die Hand bieten wollen. Das Individualrecht des Einzelnen findet seine Grenze an dem Recht der Gesamtheit auf ordnungsmäßige Führung der Geschäfte. Aus der Verfassungsbestimmung, wonach ein Abgeordneter durch den Eintritt eines Staatsamtes Sitz und Stimme dauernd verliert, folgt nicht, daß ihm dies Recht nicht zeitweise entzogen werden darf. Das Gericht befindet sich mit dieser Ansicht in Übereinstimmung mit namhaften Vertretern der Rechts- und Staatswissenschaften. Das Gericht verkennt aber nicht, daß auch für die gegenteilige Ansicht genügende Gründe vorliegen. — Der Präsident war und ist berechtigt, Abgeordnete für den Rest des Tages auszuschließen. Er hat von dieser Befugnis dem Abgeord-

neten Borchardt gegenüber mit Recht Gebrauch gemacht. Der wiederholten Aufforderung, den Saal zu verlassen, ist der Abgeordnete Borchardt nicht nachgekommen. Er hat sich also objektiv des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht. Für die Frage des subjektiven Verschuldens kommen die Grundsätze des Eventualdolus in Betracht. Der Angeklagte hat mit der Möglichkeit, sich durch rechtswidrigen Widerstand im Saal strafbar zu machen, rechnen müssen. — Das Antragsrecht des Präsidenten hat das Gericht bejaht. Er ist der Träger des Hausrechts. Wenn sich jemand des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht hat, dann kommt es darauf an, seinen Widerstand gegen das Hausrecht zu brechen und die hierzu geeigneten Maßnahmen durchzuführen. Die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen, war der Präsident berechtigt. Man kam in solchen Fällen die Polizei in Anspruch nehmen und sie kann, wenn sie will, dem Ersuchen folgen. Die Polizei muß das Recht haben, auch in einer Wohnung strafbare Handlungen zu verhindern. Das trifft auf den Angeklagten Borchardt zu. Polizeileutnant Kals hat Hausfriedensbruch für vorliegend erachtet, er handelte also in rechtmäßiger Ausübung des Amtes, wenn er Borchardt gewaltsam Entfernung durch die Schuppleute anordnete. Somit haben auch die Schuppleute in rechtmäßiger Ausübung des Amtes gehandelt im Rahmen der Befugnisse, welche § 10 2 17 des Allgemeinen Landrechts der Polizei erteilt. Der Angeklagte Borchardt hat, indem er sich den Beamten widersetzt, sich des Widerstands gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht. Er hat das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt, darauf kommt es nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht an.

Auch der Angeklagte Weinert hat sich des Widerstands gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht. Er wollte Borchardt in seinem rechtswidrigen Verhalten unterstützen. Er hat ihm bei Ausübung des Hausfriedensbruchs Beistand geleistet. Die Polizei war demnach berechtigt, auch diese strafbare Handlung zu verhindern, und Weinert von seinem Platz zu entfernen. Für das Strafmaß ist zu berücksichtigen, daß es den Angeklagten nur darauf ankam, eine Streiffrage zum Austrag zu bringen. Es lag deshalb kein Anlaß zu einer Freiheitsstrafe vor. Das Gericht hat eine Geldstrafe in der angegebenen Höhe für ausreichend und angemessen gehalten.

Wir müssen uns Raumverhältnisse halber verkagen, näher auf die Urteilsgründe einzugehen. Das letzte Wort spricht ja nun das Reichsgericht. Es wird zu entscheiden haben, ob ein Abgeordneter der Kernkraft eines Junterpräsidenten ausgesetzt ist oder nicht, und ob die Polizei zu ihrem Vorgehen berechtigt war.

die Protestanten in der Frage der Fruchtbarkeit den Weikampf mit den Katholiken aufnehmen trachten. Vielleicht lernen sie von den protestantischen Pastorenfamilien, wie man am besten zu den sprichwörtlichen und glänzenden Resultaten menschlicher und pastoraler Fruchtbarkeit gelangen kann. Es gilt um eine heilige Sache.

Im übrigen zeigt uns die Notiz, wie hoch die katholische Kirche für alles da ist!

Zum Rückgang der christlichen Gewerkschaften im Saarrevier.

Die christlichen Gewerkschaften führen im Saarrevier einen verzweifelten Kampf um ihre Existenz. Vornehmlich ist es der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter, dem die Mitglieder massenhaft entlaufen. Und diese Mitgliederflucht ist seit vielen Monaten andauernd. So betrug im Monat Juni die Einnahmen in 75 Zahlstellen des Gewerkschafts im Saarrevier noch 7792 Mark, im Monat Juli nur noch 5593 Mark. Im April 1911 brachte der Gewerkschaft im Saarrevier noch 20648 Mark an Beiträgen auf, im Mai 1912 9248 Mark. Und bis jetzt ist es weiter bergab gegangen. Das stolze Wort „das Saarrevier den christlichen Gewerkschaften“ gilt heute nicht mehr.

Warum der Gewerkschaft der christlichen Bergarbeiter im Saarrevier den Zusammenbruch erleben muß, darüber wird man aus Versammlungsberichten und Zeitungsnutzen allerhand gewahrt. Dem Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter wird selbst von den „Berlinern“ der Streikbruch im Ruhrbecken vorgeworfen. Das ist ein Zeichen, daß selbst die „prinzipiellen“ Streikgegner sich von dem Berrat der Christlichen im Ruhrgebiet angeekelt fühlen.

Einem Eingesandt eines christlichen Bergarbeiters aus Püttlingen an die schwarze Saarbrücker Volkszeitung entnehmen wir folgendes:

„Man fragt sich hier allgemein, wie ist denn das doch eigentlich möglich, daß eine so starke Burg der christlichen Gewerkschaft zusammenstürzen konnte? Bekanntlich zählten die beiden hiesigen Zahlstellen 1000 Mitglieder, welche jetzt aber auf ungefähr 150 zurückgegangen sind... Wie kam denn der Zusammenbruch? Hier sprechen so viele Verhältnisse mit, daß es mir heute unmöglich ist, alles in Erwägung zu ziehen. Ich will nur kurz erinnern an die letzten Gemeinderatswahlen, die ja nur durch Handinhandgehen der Christlichen mit der Grubenpartei für den Bürgerverein verloren gingen. Dann die Enttäuschung bei der letzten Reichstagswahl, wo ein Gewerkschaftssekretär so kräftig für den liberalen Kandidaten eintrat. Ferner sei erwähnt, mit welchem Terrorismus und Boykott gegen Wirte und Geschäftsleute vorgegangen wurde, welche sich herausnahmen, eine andere Meinung als die Gewerkschaftler zu haben. Ja, gewisse „große Geister“ haben schon geglaubt, verkünden zu können, daß kein Arbeiter mehr Arbeit bekommen solle, bevor er den Beweis erbracht habe, daß er christlich organisiert sei. Also mit einem Wort: man suchte ein Willkürregiment einzuführen, das jenes famose noch übertraf, bei dem es hieß: „Wer nicht mitmacht, der fliegt“. Weil sich die Püttlinger das nicht länger gefallen ließen, weil sie den Christlichen den Rücken kehren und sich ihre Knappschäftsältesten nach ihrem Gutdünken wählten, suchte man sie jetzt als Sozialdemokraten hinzustellen. Aber halt, da fällt mir noch was ein. Es hat ja auch ein Redner in einer der beiden Knappschäftswählerversammlungen geäußert, daß man sich jetzt den Berlinern anschließen wolle, und hier scheint mir der Hase im Pfeffer zu liegen. Das läßt man hier in Püttlingen an anderen Stellen sehr ungern, sagt doch ein gewisser Herr in einer öffentlichen Versammlung: „Er würde kein Berliner werden, bis der Papst ihn dazu zwingen würde“.“

Das sind allerliebste Dinge, die der Püttlinger Bergarbeiter da offenbart. Danach wird dem Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter nicht nur der Berrat im Ruhrbecken vorgeworfen, sondern auch ein Zusammenarbeiten des Gewerkschafts mit der Grubenpartei gegen die Bürger. Recht schmerzhaft muß für die christlichen Heerführer der Vorwurf sein, daß sie einen solchen unerträglichen Terrorismus ausüben, daß christliche Gewerkschaftsleiter und christliche Arbeiter sich zusammenschließen, um die christliche Willkürherrschaft abzuwerfen. Das ist eine Feststellung, die ganz in den Rahmen des Geschriebes der christlichen Gewerkschaftsorgane über sozialdemokratischen Terrorismus hineinpaßt. Von dem Anschluß der christlichen Gewerkschaftler an die Berliner Richtung lesen wir auch. Hier hätten wir gerne etwas mehr und Näheres erfahren. Uns scheint, daß der Püttlinger irrt, wenn er glaubt, daß die christlichen Gewerkschaftler sich der Berliner Richtung anschließen werden. Das geschieht formell nicht. Aber man eignet sich in Gewerkschaftsfragen allmählich die bekannten Berliner Grundsätze an.

Scharfmacher und christlichen Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften suchen überall Anschluß. So haben sie anlässlich eines sogenannten christlich-nationalen Arbeitertages in Gaggenau-Raden u. a. auch den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Wittum als Gast eingeladen. Dieser konnte aber an der Tagung nicht teilnehmen. Dafür entschuldigte er sich u. a. wie folgt:

„Ich begleite aber die Arbeiter der christlichen Gewerkschaften, die der unglücklichen Klassenkampf der Sozialdemokratie ablehnen, indem sie Kapital und Arbeit als gleichberechtigte Produktionsfaktoren anerkennen, mit meiner vollen Sympathie, insbesondere streue ich mich auch von ganzem Herzen darüber, daß die christlichen Arbeiterorganisationen in der Arbeiterzeitung und deren Jugend den vaterländischen Geist und den Sinn für alles Edle und Schöne zu erwecken und zu fördern befreit sind. Ihrer Tagung in Gaggenau wünsche ich einen schönen und gedeihlichen Verlauf.“

Hochachtungsvoll
Albert Wittum, R. d. R.
Auf diese Anerkennung dürfen die Christlichen stolz sein, denn Herr Wittum ist Vertreter des engstirnigsten Scharfmachertums unter den Bismarck-Goldwarenfabrikanten; er trat erst in der letzten Session des Reichstages mit einem Duzend ostbayerischer Junger und arbeiterfeindlicher Großindustrieller für die Schaffung eines Arbeitswilligen- (Zucht-) Gesetzes ein, unterstützt kurz alles, was die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft niederschlagen geeignet ist. Und den Mann laden christlich organisierte Arbeiter ein!

Doch was sagen wir, das gewerkschaftliche Schamgefühl der Christen ist schon längst zu den Hunden geflohen.

Katholische Arbeitervereine gegen die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften.

Die Verhöhnung der katholischen Arbeitervereine (München-Bladbacher Richtung) mit den christlichen Gewerkschaften und der Zentrumspartei ist bekannt. Wer nicht zum Zentrum schwört, wird aus den katholischen Arbeitervereinen herausgeschleudert und nicht minder schlecht werden solche Mitglieder

Politische Übersicht.

Fesselt sich die Lage?

Die Ausführungen des österreichischen Ministers des Auswärtigen, des Grafen Berchtold, über die „keineswegs beruhigende Situation“ auf dem Balkan haben selbstredend die härteste Aufmerksamkeit erregt. In der Tat ist die außerordentliche Unruhe in den Balkanstaaten, besonders in Bulgarien und Serbien sehr wohl begründet. In den Kabinetten der Großmächte arge Besorgnisse hervorgerufen; denn nach wie vor ist der Balkan das Pulverfaß Europas, und das Ziel der europäischen Politik war von der negativen Art, alle Veränderungen vom Balkan fernzuhalten. Das ist selbstredend ein utopisches Ziel. Die Dinge kommen auch auf dem Balkan in Fluß und der italienisch-türkische Krieg wird diesen Fluß nur noch beschleunigen.

Inzwischen macht es die österreichische Diplomatie wie jede andere. Sie sucht die freigeschwebene Situation auszunutzen im Sinne vermehrter Land- und Seeverbindungen. Gegen Schluß seiner Ausführungen hat Graf Berchtold ausdrücklich gesagt:

„Ein kontinuierliches Vordringen am Balkan gibt von einer erhöhten elektrischen Spannung der politischen Atmosphäre Zeugnis, ohne das Dunkel ungelöster Probleme aufhellen zu können. Wir sind durch unsere geographische Position dem heißen Boden nahegerückt und große Interessen der Monarchie liegen auf dem Spiele. Nur wenn wir auch zu Lande und zur See gesichert sind, können wir der Zukunft ruhigen Mutes entgegen sehen.“

Wir bemerken dazu unsere österreichische Paraphrase:

„Das ist also der Rede gantz Sinn. Wir brauchen mehr Verbindungen zu West- und zu Lande, mehr Seeverbindungen nach Serbien, mehr Seeverbindungen nach Konstantinopel. Das ist der Ton, den Herr Berchtold angeschlagen. Die folgende Rede wird schon vom Kriegsminister und vom Ministerpräsidenten bejaht werden, wenn nicht jetzt, so doch später. Und damit die Herren Delegierten für die kommenden Seiten der Herren Reichstagskammern empfänglicher gemacht werden darf man mit ein wenig Uebertreibung der sich nicht gelohenen Annehmlichkeiten auf dem Balkan verweilen und es ein bißchen länger lassen. Bei diesem Geruch der Welt werden die Delegierten schon gelugelt gemacht werden. Herr Berchtold hat einen vortrefflichen Anfang gemacht.“

Über die Lage auf dem Balkan lieber erörtern wir folgenden Bericht aus Belgrad:

„Der allgemeinen ist eine Bekämpfung der Sage zu beobachten. In Belgrad hat man sich eine Erklärung eingeholt. Der Herr Berchtold hat die nächste Unterredung des Ministers, die zu einem Urteil über die Lage dienen sollte. Man wird die Gedanken nach dieser Rede in dem Moment, wo man die diplomatischen Verhandlungen abbrechen würde. Herr Berchtold hat man in die vorherige Richtung erklärt. Er hat den Druck der Öffentlichkeit der von aller Seite empfangen. Ein empfindliches und unruhiges Innenleben hat die ganze Kriegsberichterstattung und die unruhige Fühlbarkeit der Verhältnisse und ministeriellen Stimmung. Man sollte diese Herren ernsthaft gebeten werden. Ich bin in der Welt verkehrte Gerichte über die unruhigen Verhältnisse der europäischen Lage ganz gewiss ist. Die Herr Berchtold ist sehr begünstigt ist. Man hat haben, kann Serbien und die Balkanstaaten. Die Unruhe ist nicht nur in Serbien, sondern auch in Bulgarien, die Unruhe ist nicht nur in Serbien, sondern auch in Bulgarien. Die Unruhe ist nicht nur in Serbien, sondern auch in Bulgarien. Die Unruhe ist nicht nur in Serbien, sondern auch in Bulgarien.“

„Bulgarien und Serbien selbst zu der Grenze gekommen. Ich bin der Ansicht, der Zusammenhang ist vorliegen. Man sollte in der Welt in Serbien und unter allen Umständen eine diplomatische Lösung im Schach gehalten werden, der Herr Berchtold hat die Unruhe in Serbien und Bulgarien. Die Unruhe ist nicht nur in Serbien, sondern auch in Bulgarien. Die Unruhe ist nicht nur in Serbien, sondern auch in Bulgarien. Die Unruhe ist nicht nur in Serbien, sondern auch in Bulgarien.“

Zur Teuerung.

Weiteres Steigen der Fleischpreise.

Nach den von der Statistischen Korrespondenz angestellten Durchschnittsberechnungen, die für die absolute Höhe der Preise noch ein zu günstiges Bild liefern, stiegen die Preise pro Kilo gegen den September 1911 für Rindfleisch um 23,2 Pfennig; für Kalbfleisch um 18,2 Pfennig; für Hammelfleisch um 15,4 Pfennig; für Schweinefleisch um 37,1 Pfennig; für Schweinefleisch um 42,6 Pfennig; für Schweinefleisch um 34 Pfennig.

Vierdelei, erhöhte sich um 5,4 Pf. im Preise.

Gerade das Schweinefleisch, das durch seine Billigkeit fast allein auf den Tisch des Arbeiters gelangen konnte, hat die stärkste Preissteigerung erfahren. Es ist heute nur um wenig billiger als die übrigen Fleischsorten, aber beträchtlich teurer als Rind- und Hammelfleisch vor einem Jahre. In früheren Debatten über die Fleischsteuerung waren Regierung und Agrarier immer darauf hin, daß zwar Rind-, Kalb- und Hammelfleisch im Preise gestiegen seien; das tröste aber nur die Regierungen. Das Fleisch des kleinen Kanariens des Schweinefleisch, ist dafür billiger geworden. Und tatsächlich stellen sich auch die Schweinefleischpreise in den Jahren 1910 und 1911 etwas niedriger als 1909. Seit Anfang dieses Jahres ist aber Schweinefleisch sehr rasch im Preise gestiegen. Diese und ähnliche Fleischsorten für den Arbeiter unerreichbar geworden.

Fleischvergiftung.

Die Arbeiter, die die Agrarier noch machen müssen, büßen jetzt ihre Gesundheit mit dem Tode. Da sie nicht ganz auf Fleisch und Brot verzichten wollen, gutes Fleisch aber teuer ist, essen diese Knappten oft schlechtes und verderbtes Fleisch und schädigen dadurch unversehensmäßig die nationale Volksgesundheit. So wird aus Köln berichtet. Die Fleischvergiftungen nehmen einen großen Umfang an. In einem Viertel des hiesigen Stadteils sind 70 Personen unter diesem Vergiftungserscheinungen erkrankt. Der elfjährige Sohn einer Familie ist bereits gestorben. Die Mutter liegt im Garten. Die Erkrankten sollen bei ein und demselben Metzger das Fleisch gekauft haben. Eine eingehende Untersuchung wurde eingeleitet.

Das Verhalten dieser Herrschaft wird dann wieder dankenswerter Material für die Entwerfungen in den nächsten Konferenzen der Arbeiter sein.

Deutschland.

Katholische Kirche, Selbstmord und Geburtsziffer.

Wir sind das glückliche, wir sind dankbar für eine gute Weltanschauung. Die wir in der katholischen Kirche Sonntagsgottesdienste besuchen. Wir sind dankbar für eine gute Weltanschauung. Die wir in der katholischen Kirche Sonntagsgottesdienste besuchen.

Die Geburtsziffer der Katholiken in Preußen für die Periode 1907-1910 hat wiederum gezeigt, daß die Geburtsziffer hauptsächlich unter Protestanten und viel weniger unter Katholiken vorzunehmen. In dem ich zum statistischen Institut Preußens, der Veränderung Geburtsziffern, in der Provinz Sachsen und in Berlin haben 24 bis 26 Geburten pro 1000 Einwohner. In Preußen betragen sie die katholische Bevölkerung übermäßig oder fast gleichmäßig. Die Zahl der Geburten der Katholiken, die haben sich im Verhältnis etwa 13 auf 100 000 Einwohner, in Berlin 12 in Hannover 11 und in Posen 10 Geburten. Für Preußen wurde das angeführte Verhältnis nur, da bei dem Geburten, die Geburtsziffer ist bekanntlich in Preußen ein Prozentsatz weniger als in anderen, weil hier Kinder mehr von katholischen Eltern geboren werden. — Es zeigt sich also, daß die von katholischen Eltern geborenen Kinder eine höhere Geburtsziffer als die von protestantischen Eltern geborenen Kinder haben. —

Die Geburtsziffern in Preußen sind weniger als der Hauptteil der katholischen Bevölkerung der Katholiken, die in letzter Zeit dem Lande sehr viel zuwandernde Bevölkerung gebracht wird. Das geht nicht, weil der katholischen Bevölkerung zu wachsend, daß es im Geburtenverhältnis zum protestantischen Bevölkerung zu wachsend. — Es ist in dem, daß es allerdings Zeit, daß

behandelt, die sich erdreisten, anderen als den christlichen Gewerkschaften anzugehören. Sogar die nationalen Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften finden keine Gnade mehr. Gegen sie richtet sich folgender Beschluß, der am 22. September von dem siebenten Bezirkstag der katholischen Arbeitervereine des Bezirks Herne gefaßt wurde:

Der lebente Bezirksdelegiertentag beschließt, daß Mitglieder Hirsch-Dunkerischer Gewerkschaften als Mitglieder katholischer Arbeiter- und Anspannvereine nicht neu aufgenommen werden können. Wo sich Hirsch-Dunkerische Gewerkschaftler in den Vereinen befinden, können diese zu Vorstandsämtern nicht zugelassen werden. Es ist untersagt, in den katholischen Arbeiter- und Anspannvereinen für die Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften Propaganda zu machen. Jeder Verstoß gegen diese Bestimmung zieht den Ausschluß aus den Vereinen und damit Verlust aller im Verein erworbenen Rechte nach sich.

Dieser Beschluß wurde in einem Atem mit einer anderen Resolution gepaart, die sich gegen die gelben Gewerkschaften richtet. Die Gelben sollen, wie es hier heißt, die Arbeiter zum Verzicht auf das ihnen gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zwingen. Ganz recht. Aber was die katholischen Arbeitervereine von ihren Mitgliedern verlangen, ist auch nichts weiter als eine Verzichtleistung auf das den Mitgliedern zustehende Koalitionsrecht. Katholische Arbeitervereine sollen religiöse Erbauungsvereine sein, aber sie sind Schutz- und Trutzvereine des Zentrums geworden. Wer aus Religion sich vom Zentrum abwendet, von dieser Verräter- und Heuchlerpartei nichts wissen will, dem weisen die katholischen Arbeitervereine die Türe. Das beweist, daß die katholischen Arbeitervereine das Koalitionsrecht nur in soweit achten, als es das Zentrum zuläßt. Alles im Namen der Religion!

Unser glorreiches Heer.

Am 1. Oktober, dem Termin der Neuformierung des Heeres, wird die Gesamtstärke des deutschen Heeres einschließlich der bayrischen Truppen 655 914 Köpfe betragen. Im einzelnen sind vorhanden: 27 637 Offiziere, darunter 413 Generale und 695 Regimentskommandeure, 2367 Sanitätsoffiziere, 810 Veterinäroffiziere, 1154 Zahlmeister, 2 Armeemusikinspektoren, 1193 Waffenmeister, Sattler usw., ferner 92 347 Unteroffiziere, 531 004 Gemeine. Die Zahl der Dienstpferde beträgt 126 480. Die Zahl der Gemeinden verteilt sich auf die vier Kontingente wie folgt: 412 346 Preußen, 39 834 Sachsen, 20 244 Württemberg, 53 580 Bayern.

Am 1. Oktober wird auch zum ersten Male die erhöhte Soldatenlohnung gezahlt. Zur Löhnungserhöhung wurden sieben Millionen Mark in den Etat gestellt.

Zur Sicherung des Wahlrechtsraubes.

Stadtrat und Polizeiamt zu Plauen i. B. haben eine Bekanntmachung erlassen, in der vor Zusammenrottungen und anderen Demonstrationen gewarnt wird. Im Jagowille wird darauf hingewiesen, daß auch alle diejenigen, die aus bloßer Neugier an Demonstrationen teilnehmen, ihre gerichtliche Bestrafung zu erwarten haben. Es wird verpönt, daß bei einer Wiederholung der Demonstrationen die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ mit Nachdruck und Entschlossenheit betrieben werden soll.

Die Arbeiterschaft in Plauen kämpft gegen eine Verschlechterung des Gemeindevahlrechts. Die stadträtlichen und polizeilichen Maßnahmen sind daher verständlich.

Ausland.

Rußland.

Die russischen Bauern vor den Dumawahlen.

Trotz ihres Sieges auf politischem Gebiete mußten die russischen Junker während der letzten Jahre zur Erkenntnis gelangen, daß ihre wirtschaftliche Stellung im Dorfe fast allorts unhaltbar geworden war. Sie hatten zwar von der Duma, von den Landtagsvertretungen Erfolg ergriffen und, auf die Bajonette gestützt, die revolutionären Erbkämpfer der Landarbeiter und Pächter zunichte gemacht. — Sie sahen sich aber wie im feindlichen Lande von allen Seiten von Feinden umringt und zogen es darum nicht selten vor, ihren „angestammten Besitz“ mit Hilfe der Bauernbank zu liquidieren. Sie waren es, die die Regierung veranlaßten, den „neuen Kurs“ in der Agrarpolitik einzuschlagen, um sich die Dorfbourgeoisie zum Verbündeten zu machen und die Solidarität der Bauernschaft zu brechen. Aber die auf diesem Gebiete erzielten Resultate konnten sie bei weitem nicht dafür entschädigen, daß ihre Rolle im Wirtschaftsleben des Landes immer mehr zurückging.

Eine anschauliche Schilderung der gegenwärtigen Beziehungen der Gutsbesitzer und Bauern auf dem flachen Lande finden wir in der Kosmoje Wremja. So lange — so entrüstet sich das Junkerblatt — die Ueberzeugung allgemein war, daß die Staatsgewalt mächtig sei und das Gesetz nicht unbetraut verlegt werden dürfe, fühlte man den Mangel an wirklichen Schutz auf dem flachen Lande verhältnismäßig wenig. Die „Freiheitsbewegung“ hat tiefe Wunden im Volke geschlagen und hat das Dorf von diesen Vorurteilen gründlich befreit. Die „Illuminationen“ sind noch immer kein seltenes Ereignis im Dorfe geworden. Alles wird in Brand gesteckt — Lennen, Gutshöfe, Bauernhäuser usw. Die „Illuminationen“ leuchten tagaus, tagein, besonders zur Zeit der Ernte, und fast niemals gelingt es, der Brandstifter habhaft zu werden, obwohl man sehr oft weiß, wer und woher sie sind. Man kennt sie, fürchtet aber ihre Namen zu nennen.

Noch anschaulicher schildert ein Gutsbesitzer aus dem Wolgaregon in demselben Blatte die allgemeine Stimmung auf dem Lande: „Jetzt ist alles still. Es herrscht aber, wenn man so sagen kann, eine „unheilswangere Stille“. Außerlich scheint es, als ob alles in Ordnung wäre. In Wirklichkeit fühlt man aber, daß sich in den gegenwärtigen Beziehungen ein Riß gebildet hat, daß dieser Riß immer tiefer und breiter wird und daß an die Rückkehr zur Vergangenheit nicht gedacht werden kann. Man sieht auch, wie die Bauern miteinander flüstern, in Gruppen herumstehen und böse Reden führen über Regierung und neue Wahlen usw. Glaubt nicht, daß eine „Beruhigung“ eingetreten ist. Das ist bloß eine Erfindung der Beamten. Die Gärung ist in die Tiefe gegangen, ein neuer Ausbruch ist unvermeidlich.“

In diesen Worten spiegelt sich die Psychologie der jetzigen Herren der Lage trefflich wieder. Die Reaktion fröstelt sich selber auf, und mit dem Glauben an ihre Macht schwindet die Siegeszuversicht, die mit Hilfe der Bajonette hergestellt wurde. „Ein neuer Ausbruch ist unvermeidlich!“ Dieses von feiger Furcht diktierte Losungswort kennzeichnet die innere Verzweiflung, die trübe Hoffnungslosigkeit, mit welcher die Machthaber von heute den kommenden Ereignissen entgegensehen.

Es ist gegenwärtig äußerst schwierig, festzustellen, wie die Stimmung der Bauern hinsichtlich der beginnenden Wahlen ist. Wenn die Anzeichen nicht trügen, werden die Bauern im großen und ganzen an den Wahlen teilnehmen. Der Bauer macht nun keinen Unterschied mehr zwischen dem „Barin“ — dem Gutsbesitzer — und der Regierung. Er sieht, daß sie sich gegenseitig decken und daß beide gegen ihn geschlossen vorgehen. Und er wird die Kon-

sequenzen aus dieser Tatsache ziehen. An eine friedliche Lösung — von oben! glaubt er zum größten Teile nicht mehr. Er weiß auch, daß die weite Duma nicht die Vertretung des Volkes, sondern die der herrschenden Klassen, insbesondere des Junkertums, sein wird. Und von dieser Duma erwartet er nicht mehr, daß sie ihm „Land und Freiheit“ bringt.

Danzig.

Lebensmittelwucher und Stadtverwaltung.

Endlich kamen am 24. September in der Stadtverordnetenversammlung die von mehreren Seiten, auch vom Gewerkschaftshartell und der sozialdemokratischen Partei, gestellten Anträge auf städtische Maßnahmen gegen die Lebensmittelwucherung zur Verhandlung. Praktisch kam dabei allerdings, was bei diesem verhärtet reaktionären Dreiklassenhaufe nicht erstaunlich ist, so gut wie nichts heraus. Man erhielt dafür um so interessantere Einblicke in Wahlglauben und Blochhumbug. Was soll ein ehrlicher Mensch wohl dazu sagen, wenn er hört, wie entrüstet der freisinnige Dr. Herrmann die zentrums-konervative Verhöhung der Fleischnot zerschmetterte, obwohl er mit diesen vernichtend gekennzeichneten Volksfeinden im intimsten Bruderbunde steht, um ihnen das Rathaus ganz auszuliefern?! Diese innerlich ganz und gar unwahre Komödie gaben die kapitalistischen Blochbrüder dem hungernden Volke als einzige Hilfe. Der freisinnige Chefredakteur Dr. Herrmann war auch die von uns wiedergegebenen Anträge, die der Magistrat an die Staatsregierung gestellt hat, durchaus befriedigt. In der Hauptsache wetterte er gegen die weitergehenden Anträge der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie und selbst seiner Gewerkschaften aber nur deshalb, weil sie von der Regierung nicht berücksichtigt würden und er auch sofortige Hilfe wünsche.

Arbeitswillige Revolver und Messer!

Am 16. September 1912 hat in Burg bei Magdeburg der Arbeitswillige Joseph Kuppert den organisierten Arbeiter Karl Frische durch einen Schuß getötet!

Am 6. Juni 1912 geriet die Raemarekbande, die den Streik bei der Görlitzer Waggonfabrik „brach“, sich gegenständig in die Haare, der „Erfolg“ war, das drei durch Revolvergeschüsse schwerverletzte Arbeitswillige — von ihren Mitstreitwilligen so zugerichtet! — auf dem Kampfplatz blieben!

Am 30. Mai 1912 wurde im Dorfe Lühelbuch bei Koburg der arbeitswillige Maurerpolier Hoffmann von seinen mitstreikenden „Kollegen“ bei einer Suffkerei erschlagen!

Im März 1912 fielen als Folge der scharfmacherischen Grubenbestehpolitik während dreier Streikstage im Ruhrrevier vier Personen, von Revolverkugeln getroffen.

Am 1. Oktober 1910 starb in Moabit der Arbeiter Herrmann an den Folgen einer schweren durch Säbelhiebe erzeugten Schädelverletzung!

Sätze, der Retter von Moabit, erläuterte einem Pressevertreter gegenüber sein „Arbeitsprogramm“ also: „Wir machen det zum Amese-mang. De keils (die Streikbrecher) kriegen nich mehr bezahlt, als wie een jewöhnlicher Arbeiter bezahlt kriegen würde, aber die Gefahr, det reizt je, un die Uffregung und det Wichtigwerden und det se unjerkraft loshausen deren, det de Fehen fliesen, det reizt se.“

Am 18. Oktober 1910 wurde dies Programm durch die Arbeitswilligen von neuem praktisch durchgeführt. Wahre Straßenfäden gab es da, alles nur von den Arbeitswilligen zum „Amese-mang“ veranstaltet! Die Polizei konnte über die Staatshalter erst nach Zuzug von Verstärkungen Herr werden!

Am 11. Mai 1907 erschog der Arbeitswillige Former Buscholle den organisierten Arbeiter Höppner!

Am 13. Oktober 1906 schoß der Arbeitswillige Neumann den organisierten Arbeiter Riedel nieder! Es war beim Hafnarbeiterkampf in Kiel.

Am 9. Oktober 1906 erschog der Streikbrecher Wotarsky in Gera den organisierten Handarbeiter Erb!

Die Nürnberger Morde, de „Schießübung“ des Gießereibesetzers Bunderhaken, die einem Arbeiter das Leben kostete, die Unmasse der in Moabit, im Ruhrrevier und in andern Städten Verletzten sind nicht mit ausgezählt. Die Liste würde zu lang, zu fürchterlich!

Und solche Elemente sollen staatlich noch mehr geschützt werden!

Die 300 österreichischen und russischen Schweine, deren wöchentliche Zulassung nach Danzig er mit dem Magistrat verlangte, seien geeignet, sofort zu helfen. So kann im besten Falle doch nur jemand reden, der sich selbst täuscht. Selbst der schwarzblaue Stadtverordnete Lange beantwortete das grenzenlose Vertrauen des Freisinnsscheifs auf die Schweinegewährung der Regierung mit dem zwar drahtischen, aber um so ehrlicheren Zwischenruf: „Da lur man drop!“ Das freisinnige Geschwätz von der sofortigen Hilfe ist denn auch nichts als die demagogische Bemäntelung der Tatsache, daß er wie früher so auch jetzt dem hungernden Volke gar nicht helfen will. Andernfalls könnte er sich den weitergehenden Wünschen der Arbeiterorganisationen unmöglich widersetzen. Eine wirklich wertvolle Einwirkung auf die hohen Preise ist nur möglich, wenn auch die Städte möglichst geschlossen immer wieder gegen den Zollwucher anstürmen. Dadurch werden doch andere Maßnahmen, wie die Zulassung von Schweinen, nicht unausführbar gemacht. Die sofortige Hilfe, die der angeblich gegen die Not des ausgehungerten Volkes kämpfende Freisinnige meint, zeigte sich auch darin, daß er die Bewertung der etwa wirklich zugelassenen Schweine durch die Nicht im Interesse der Bevölkerung gar nicht beantragte. In einem belanglosen Redensarten wünschte er nur, daß die Stadt nach der Pachtung vorgehen möchte. Die nähen Stadtverordnetenwahlen sind eben fatale Mahner. Deshalb wünschte Dr. Herrmann sogar die Beschaffung einwandfreier Säuglingsmilch durch die Stadt vielleicht einmal in — Aussicht zu nehmen! Um so heißer schlägt sein Herz für den glorreichen städtischen Seefischverkauf. Er war sehr ungehalten, weil die hier in einer Inzeststadt mit eigenem Fischmarkt besonders unangenehm auffallende Eigenart der Nordseefische nicht besser gewürdigt wird. Er nahm sich sogar heraus, die ärmere Bevölkerung geradezu unziemlich zu schubmeistern. Weder seine Danziger Zeitung noch die Neuesten Nachrichten teilen mit, daß dieser schwerreiche Freisinnsdoktor sich anmaßte, zu drohen: Infolge der Abneigung des Volkes gegen die Nordseefische verliere man die Lust, etwas Weiteres zu tun! Kein Wunder, daß dieser echt freisinnige Volksfreund, der so entsetzlich für sofortige Hilfe schwärmt, auch keine Worte zur Empfehlung der von uns geforderten Leuerungszulagen für die städtischen Arbeiter und Armen fand! Der schwarzblaue Lange war, obwohl früher selbst Agrarier, zu ehrlich, um den freisinnig-Blochkräftigen Humburg von der sofortigen Hilfe und dem Unheilsmittel der Nordseefische mitzumachen. Er erklärte es für vollständig aus-

geschlossen, daß die Regierung die Magistratsanträge glimpflicher als vorher, wo sie trotz ihrer klugen Beschränkung nicht einmal beantwortet wurden, behandelt werde. Bürgermeister Dr. Ball begründete die Unmöglichkeit mehrerer Verkaufsstellen für Nordseefische mit den dadurch entstehenden Kosten, die die Preise steigern würden. Wir verstehen auch, daß dieselbe Stadtverwaltung, die für die höheren Schüler ohne gesetzliche Verpflichtung fast eine halbe Million Mark Zuschuß zahlt, für die Not der Armen Aufwendungen nicht machen kann. Der konservative Brotwucherer Brunzen fuhr gegen seinen Freisinnsblochbruder Dr. Herrmann die alten faulen Ausreden auf, daß die Presse usw. die teuren Preise verursache und der Zwischenhandel daran schuld sei. Deshalb entrüstete sich der schwarzblaue Dentler, daß er, obwohl Groß-Kaffeebrenner mit elektrischen Betrieben, nur ein Kleinhändler sei, den sein Freund Brunzen nicht beseitigen wolle. Der schwarzblaue Milchhändler Fieding ist der Häuptling des Danziger Milchhändlervereins, der die Milchpreise nach Belieben bestimmt. Sein Zorn richtete sich also ganz unheimlich gegen die gewünschte bessere Säuglingsmilch. Die Milchpreise in Danzig sind nach ihm noch ebenso niedrig, wie vor 20—30 Jahren, dank der Rücksicht der Landwirte. Der kommerziellrätliche „Arbeiter“vertreter Königsmann hatte die Aufgabe, die freisinnige Arbeiterfreundlichkeit zu markieren. Er ahnte wohl selbst nicht, wie er sich und seine Blochmittelschuldigen anklagte, als er feststellte, daß es noch immer städtische Arbeiter gibt, die noch nicht einmal den ersüßlichen Tagelohn von 2,80 Mark erhalten. Er beantragte die baldige Einberufung der im vorigen Jahre ruhmlos entschlafenen Leuerungskommission und forderte, daß sie auch die Regulierung der Löhne der städtischen Arbeiter ins Auge faßen solle. Dagegen wendete sich sehr energisch der Oberbürgermeister. Der Oberpostsekretär hielt eine Agitationsrede zum Fenster hinaus, in der er verschiedene Vorschläge, Fleisch- und Kartoffelverkauf mit Einwirkung der Stadt, erörterte, an die der Rathausblock trotz seiner zweijährigen Existenz noch keine Sekunde dachte und die Stahl auch jetzt nicht beantragte. Nachdem vom Magistratsrat erklärt war, daß die Leuerungskommission bald einberufen werden soll, zogen Königsmann und Genossen diesen Teil ihres Antrages mit der Forderung ihrer Vermehrung um 2 Mitglieder gehorsam zurück. Die Regulierung der Löhne der städtischen Arbeiter forderten sie aber doch als Aufgabe der Kommission. Und sie erhielten ihren Willen: die gefamten Blochleute stimmten gegen 8 Stimmen den „arbeiterfreundlichen“ Antrag prompt nieder.

Niemals ist die Rolle dieser kapitalistischen Arbeitervertreter kläglichere gewesen, wie hierbei. Arbeitervertreter wollen sie nicht sein. Als kluge Praktiker wollen sie das Bürgertum nicht vor den Kopf stoßen, um so dessen Stimmen für durchführbare Wünsche im Interesse der Arbeiter zu gewinnen. Die armen Schächer! Als ob die Abneigung der Kapitalisten gegen sozialdemokratisch vertretene Arbeiterforderungen wirklich durch ihre Maßlosigkeit, Schroffheit des Tones usw. begründet wäre. Ihr Ausbeutungsinteresse veranlaßt die kapitalistischen Interessenten zur Ablehnung aller den Arbeitern nützlichen Vorschläge, ganz gleich, wie sie vertreten werden. Die Stimmen der Arbeitervertreter lassen sie sich im Rathause sogar sehr gern gefallen. Um so deutlicher bezeugen sie ihnen dafür ihre Achtung, wenn diese auch nur zum Schein etwas für die Arbeiter wünschen. Die Königsmann, Heinrich und Genossen bekommen aber den Sklavendienst für die Blochleute doch nicht satt. Sie schlucken gottergeben alle Erniedrigungen, weil sie eben viel zu — chryliche Arbeiterfreunde sind.

Schließlich wurden die Maßnahmen des Magistrats voll gebilligt. Die Anträge der Arbeiterschaft würdige man nicht einmal der Abstimmung! Die Antwort auf diese Blochkomödie wird die Arbeiterschaft bei der Stadtverordnetenwahl zu geben haben.

Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt.

Am 15. Oktober wird in Danzig zum ersten Male eine Aufnahme der leerstehenden Wohnungen stattfinden. Schon früher ist den Verhältnissen des Wohnungsmarktes in Danzig die Aufmerksamkeit gewidmet worden, und zwar stellte der Magistrat zweimal im Jahre die leerstehenden Wohnungen und deren Mietpreise fest bei Gelegenheit der Wohnungssteuerdeklarationen. Aus diesen ergab sich gewissermaßen als Nebenprodukt die Statistik der Leerwohnungen und als solche konnte sie hinsichtlich Überlegung und Vollständigkeit naturgemäß nicht allen Ansprüchen gerecht werden. Aus diesen Gründen hat das neue Statistische Amt der Stadt darauf verzichtet, aus dem Material der Wohnungssteuerdeklaration weiterhin den Wohnungsmarkt zu beobachten und geht den fast in allen übrigen Großstädten üblichen Weg der besonderen Aufnahme. Aus äußeren Gründen erfolgt diese Aufnahme in Verbindung mit der Personenstandsaufnahme am 15. Oktober in der Weise, daß den Hauswirten oder deren Stellvertretern ein Formular mit den übrigen Papieren überreicht wird, welches lediglich für die leerer Wohnungen bestimmt ist. Dieses Formular ist mit den übrigen auszufüllen und wird wieder abgeholt.

Der Beobachtung des Wohnungsmarktes kommt ein hervorragendes Verwaltungs-, soziales und vor allem wirtschaftliches Interesse zu. Der Verwaltung ist es in erster Linie darum zu tun, durch die Erfassung der leerstehenden Wohnungen in Verbindung mit der Kenntnis der überhaupt vorhandenen Wohnungen zu erfahren, ob an denjenigen Wohnungen, die ihrer Beschaffenheit, insbesondere ihrem Preis nach, für die breiten Massen in Betracht kommen, ein ausreichendes Angebot vorhanden ist oder nicht.

Die regelmäßige Beobachtung des Wohnungsmarktes ist jedoch, wie ohne weiteres einleuchtet, wie für die Mieter so auch für das ganze Hausgewerbe, d. h. für Hausbesitzer und Bauunternehmer, ferner aber auch für Hypothekenbanken und viele andere von außerordentlicher Bedeutung. Auch für den jüngsten Zweig des Versicherungswesens, die Mieterkassensicherung, ist die Statistik der leerstehenden Wohnungen von Wichtigkeit. Allerdings reicht für die Zwecke der Mieter sowohl wie ebenfalls für die des Hausgewerbes die übliche Art der bisherigen Zählung der leerstehenden Wohnungen nicht aus, insofern, als diese nur ein Augenblicksbild des Wohnungsmarktes an einem bestimmten Stichtage gibt. Man erfährt durch diese Zählungen nur, wie viele Wohnungen und wie lange diese Wohnungen am Stichtage leer stehen, nicht aber wie lange diese Wohnungen überhaupt leerstehen, d. h. wann sie wieder vermietet werden. Diese Angabe ist aber für die Darstellung der Lage des Hausgewerbes und des Wohnungsmarktes überhaupt unentbehrlich. Die bevorstehende Erhebung wird deshalb auch Angabe über diejenigen Wohnungen erfragen, welche am Stichtage zwar vermietet, aber doch im vorausgegangenen Jahr einmal leer gestanden haben. Diese erweiterte Erhebung hat in allen deutschen Großstädten bisher nur zweimal in Magdeburg stattgefunden.

Im Interesse der Sache ist nur zu wünschen, daß die Hausbesitzer auch in dieser Hinsicht die kleine Mühe vollständiger Angaben nicht scheuen.

Briefkasten der Expedition.

An unsere Abonnenten. Wir ersuchen unsere geehrten Abonnenten, den Abonnementsbetrag an unsere Austrägerinnen nur gegen Quittung zu leisten.

Das vornehme Kredit-Haus

in Danzig

Nicolaus Pindo Nachf.

M. GRAU

4 Holzmarkt 4

Parterre, I., II., III., IV. Etage : Fahrstuhl

empfiehlt

zum Umzuge

gegen bar **Möbel** auf Teilzahlung

in jeder Art und Preislage.

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

in einfacher, mittlerer und vornehmer Ausführung

von **200 bis 15000** Mk.

Ergänzungsstücke in jeder Holzart.

Zimmer und Küche von Mk. **10** Anzahl. an

Herrn-Garderobe

in eleganter Ausführung.

Auch nach Mass unter Garantie des tadellosen Sitzens.

Herrn-Anzüge	1 reibig, moderne Stoffe von	24 bis	65 Mk.
Herrn-Anzüge	II reibig, in gestreift . . . von	30 bis	70 Mk.
Herrn-Ulster	schöne Fassons von	25 bis	75 Mk.
Herrn-Paletots	I und II reibig von	20 bis	75 Mk.

Anzahlung von **3** Mk. an

Damen-Konfektion

in geradezu entzückenden Stoffen und Fassons.

Paletots u. Ulster	von	20 bis	90 Mk.
Samtmäntel	von	50 bis	250 Mk.
Kostüme	in schwarz, blau und farbigen Stoffen nach englischer Art . . . von	24 bis	150 Mk.

Anzahlung von **5** Mk. an

Die schicke Welt kauft nur

Danzigs vornehmster Bezugsquelle für

moderne Möbel
und elegante Konfektion
unter kulantesten Bedingungen

Nicolaus Pindo Nachf.

M. Grau Danzig
Holzmarkt 4.

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 2. Oktober 1912, abends 7 1/2 Uhr

Abonnements-Vorstellung. Passepartout A. 1.

Der gutsitzende Frack.

Komödie in 4 Akten von Gabriel Dregely.

Donnerstag, den 3. Oktober, abends 7 1/2 Uhr

Außer Abonnement. Passepartout B. 1.

Martha.

Oper von Flotow.

Freitag, den 4. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. Abonnements-Vorstellung. Passepartout C. 1. **Das kleine Schokoladenmädchen.**

Ausführliche Theaterprogramme à 10 Pfg. im Theater erhältlich.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

2. Bezirk.

Am Mittwoch, den 2. Oktober cr., abends 8 Uhr, in der Maurerherberge

Bersammlung

aller tätigen Genossen und der Vertrauensleute.

Tagesordnung:

Stadtverordnetenwahlen und die erforderlichen Arbeiten.
Die Bezirksleitung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Danzig

feiert am Sonnabend, den 5. Oktober in den Räumen Bürgergarten, Schönlitz fest: diesjähriges

Herbstvergnügen mit Rekrutenabschiedsball

Beginn 7 Uhr abends. Ende 5 Uhr morgens.

Entree: Herren 50 Pfennig, Damen 25 Pfennig.

Um rege Beteiligung der Mitglieder ersucht

Das Komitee.

Uhren

mit 3jähriger schriftl. Garantie

Silberne Herrenuhren von Mk. 7,50

Silberne Damenuhren von Mk. 7,50

Goldene Damenuhren von Mk. 14,50

Becker . . . von Mk. 1,75

Reparaturpreise:

Eine Uhr reinigen Mk. 1,

eine Feder Mk. 1, ein Glas

15 Pf., Zeiger 10 Pf., Kapsel

20 Pf.

S. Lewy Nlgr.

Uhrmacher, nur Breitgasse 26

Schirm-Reparaturen

sauber, schnell und billig
Schirmfabrik
E. & B. Schlachter,
Heilige Geistgasse 141,
2. Haus am Holzmarkt.

Mein Friseurgeschäft be-
findet sich vom 1. Oktober

Tischlergasse 27
W. Schreiber.

Hausfrauen

die Zeiten sind schlecht und teuer, da heißt es-
rechnen und sparen. Die große Masse

des arbeitenden Volkes

kann sich bei der herrschenden Teuerung kein Fleisch

kaufen

In jedem Arbeiterhaushalt bildet das

Brot

das Hauptnahrungsmittel.
Mütter und Hausfrauen kauft Brot nur

aus der

durch ihre anerkannt vorzüglichen Brotsorten
sehr beliebten

Danziger Brotfabrik

G. m. b. H.
Telephon 380. Holzkowgasse 15. Telephon 380.

Danzig.

Parteigenossen! Zu den Stadtverordnetenwahlen brauchen wir Hilfsträfte für schriftliche Arbeiten. Wir bitten alle Genossen, welche irgend über freie Zeit verfügen — auch abends — sich im Wahlbureau, Dominikswall 8, zur Verfügung zu stellen.

Die Parteileitung.
J. A. Sellin.

Die freisinnige Schutztruppe der Brotwucherer.

Es geht nichts über die schöne Entrüstung, mit der sich die Danziger Zeitung des schwarzen Dr. Herrmann über die volksfeindlichen Untaten der schwarzblauen Brot- und Fleischwucherer empört. Besonders hat es dem Börsenblatt eine konservative Veranlassung, die am 26. September zur Beschönigung der Fleischsteuerung stattfand, angetan. Am heftigsten wallt sein Zorn gegen den Volksverächter Brunzen, den es samt seinen Gefinnungsgenossen ihren Hausfrauen zur Aburteilung überläßt.

Bessere Freunde als diese Börsenfreisinnigen kann das notleidende Volk sich gewiß nicht wünschen. Leider steht ihre papierne Entrüstung im umgekehrten Verhältnis zu ihren Taten. Bis heute hat der Danziger Freisinn keine Volksversammlung abgehalten, um ehrlich gegen die Auswucherung des Volkes Stellung zu nehmen. Allerdings wissen wir, daß ihn daran in erster Linie seine Doppeltzüngigkeit hinderte. Das kommunale Blockbündnis mit den brutalsten Wucherzöllnern hat selbst im freisinnigen Lager Gegenerschaft gefunden. Die „diplomatische“ Richtung Münsterberg-Dr. Herrmann, die nicht einmal mehr nationalliberal ist, hat schon seit längerer Zeit nicht ohne Widerspruch operiert. Der neue Block, den die Dr. Herrmann und Genossen den Zentrumskonservativen trotz deren mehr als verächtlicher Ablehnung mit Gewalt aufdrängen, um nur die liberalen Mandate im Rathaus vermindern zu können, hat die ehrlichen Freisinnigen um so stärker empört, als dieser schmähliche Kuhhandel zu der Zeit erfolgte, in der das Volk durch die schwarzblauen Wucherpolitik bis aufs Blut gepeinigt wurde. Weil man diese Opposition in einer freisinnigen Fleischnoterversammlung fürchtete, deshalb wurde von der Zeitung gar keine veranstaltet.

Uns sagen diese Dinge gar nichts Neues. Wir haben die doppelte Moral des Danziger Freisinns, der nichts anderes als der untertänigste Knecht der Zentrumskonservativen sein will, schon häufig beleuchtet. Gegenüber der neuen Entrüstung des Dr. Herrmann über seine kommunalen Blockgenossen stellen wir deshalb nur noch fest, daß der Freisinn durch das Blockbündnis mit Gewalt verhindern will, daß andere als Brotwucherer in das Rathaus einziehen. Einzig zu dem Zweck wirft er sogar seine eigenen Leute als Stadtverordnete hinaus. Weiter als bis zur selbstmörderischen Aufopferung für die Brotwucherer läßt sich die Feindschaft gegen die Wucherzöllner doch gewiß nicht treiben.

Die Harmonie des Kapitalismus

Ist eins der Hauptstücke im Glaubensbekenntnis des Börsenfreisinns. Der Kapitalismus ist nach freisinniger Anschauung nicht nur der uneigennütige Wohltäter der Arbeiter. Er soll auch nicht der Feind der kleinen Selbständigen, des sogenannten Mittelstandes, sondern ihr Freund und Förderer sein. Nicht nur zur Reichstagswahl hegelt die liberalen Anklagen, daß die Sozialdemokratie wirtschaftliche Wahrheit auf den Kopf stellt, wenn sie behauptet, daß das Großkapital die kleinen Selbständigen brutal zu Boden tritt. Das konnte man zur Förderung der Mittelständler so häufig in der Danziger Zeitung lesen, wie man nur wollte. Glücklicherweise wird dieses interessante Blatt aber so folgerichtig redigiert, daß man schließlich auch aus seinen Spalten gelegentlich die Wahrheit erfährt. Am 27. September schildert der freisinnige

Bankier Dr. Paul Damme seine Eindrücke vom Deutschen Bankertage, der unlängst in München lagte. Er erwähnt, daß man dort auch über die Stellung der Großbanken zu den kleinen Banken Stellung nahm. Dabei entschließt ihm, der noch zu den sehr reichen Leuten Danzigs gehört, dieser Stoßseufzer:

„Auch hier der Kampf der Kleinen gegen die Erdrosselung durch die Großen, wie im Handwerk und Gewerbe!“

Da redet ja der Herr Bankier, der besonders stolz auf seine Gegnerschaft zur Sozialdemokratie ist, ganz wie ein roter Umstürzler und Heber gegen das dreimal heilige Kapital. Es wird nicht lange dauern, bis die Danziger Zeitung aus ähnlichen Feststellungen der Raubtierart der bluttriefenden Kapitalismus wieder die Mittelstandsfeindlichkeit der Sozialdemokratie beweist. Dann werden wir mit großem Vergnügen die sicher sachverständige Zeugenschaft des Bankiers Damme anrufen.

Konservative Wigbolde.

Die Danziger Allgemeine Zeitung vom letzten Freitag leistet sich an der Spitze über die ganze Breite des Hauptblattes folgenden Witz: „Große Kundgebung zur Fleischsteuerung.“ Als wir das lasen, waren wir ganz geknickt, denn in welchen Bahnen sich die Kundgebungen des Junterblattes in der Fleischsteuerungsfrage bewegen, ist genügend bekannt. Nun war es gewiß nicht dem „Fleischnotrummel“ vorbei. Die Versammlung fand vor g e n 300 Personen statt. Darunter sollen auch noch Sozialdemokraten und Hirsch-Dundersche gewesen sein. Wenn die Danziger Allgemeine Zeitung von g e n 300 spricht, meint sie nur g e n 200, gewesen sind es dann bestimmt 150. Und das nennt man eine „große Kundgebung“. Bescheidenheit ist doch nicht nur eine Tugend, sondern hat auch noch einen erhöhten Wert, um sich über etwas wegzulassen zu können. Ein „unparteiischer“ Herr Martinis jonglierte vor den Anwesenden mit Zahlen, die der geübteste Taschenrechner und Schnellrechner nicht kontrollieren konnte, um zu dem Schlusse zu kommen: „Eine Fleischnot ist nicht vorhanden.“ Es ist dies doch ein guter Witz und dazu noch so billig vor 150 Personen. Wir wissen ja nicht, ob der Herr Martinis seine Zahlen in einer Kaltwasserheilanstalt hat vorher prüfen lassen, oder ob ihm diese Zahlen von einem Wondbewohner zugefandt worden sind. Jedenfalls hätte die Vorstellung in einem Zirkus mit einem guten Clown in der Hauptrolle wahre Stürme von Nachsalven ausgelöst.

Pferdekadaver auf dem Hofe der Artilleriekaserne Art.-Reg. 36.

Die Bewohner des Hauses Schüsselmann Nr. 47 fühlen sich durch die Zerlegung von Pferdekadavern auf dem angrenzenden Hofe der Artilleriekaserne bedrückt. Dort wurden wiederholt Pferdekadaver auf offenem Hofe zerlegt und die Eingeweide längere Zeit liegen gelassen und so dem freien Anblick der Bewohner der angrenzenden Häuser ausgesetzt. So geschah es auch wieder am letzten Sonntag. Ein totes Pferd wurde in den ersten Vormittagsstunden ausgenommen. Der Kadaver fortgeschafft, die Eingeweide aber blieben liegen. Abgesehen von dem ekelregenden Anblick der Eingeweide, ist das Liegenlassen auch aus sittlichen und gesundheitlichen Gründen zu verwerfen. Es wohnen doch nicht nur Hochherren in den angrenzenden Häusern. Und auch die Frauen und Kinder dieser würden sich beim Anblick der Eingeweide nicht erbauen. Erst nachmittags gegen 5 Uhr sind diese Eingeweide auf Betreiben der Frau eines Arbeiters durch einen Soldaten weggeräumt worden. Der Soldat legte diese Eingeweide auf einen nahen Duschhaufen und bestreute dieselben mit Mist. Ob das genügt, bezweifeln wir. Wenn das in einem Privatbetriebe vorkommen würde, würden sich ganz andere Leute aufregen.

Hoffentlich dienen diese Zeilen dazu, daß hier Wandel geschaffen wird. Es ist schon ekelhaft genug, wenn überhaupt zu Jedermanns Ansicht auf freiem Hofe diese Pferdekadaver sezieren

werden. Eine Anzeige bei dem Gesundheitsamt wäre hier am Platze.

Die Antifemiten und der Kaiser!

Unter dieser Stichmarke ist in der Danziger Zeitung vom 27. September (Morgenblatt) folgendes zu lesen:

Die fast durchweg auf einen gehässigen, ja pöbelhaften Ton gestimmten Angriffe der Antifemiten gegen die Person des Kaisers sind auch in der letzten Zeit nicht ausgeblieben. So brachte die von der konservativen Partei ausgehaltene Staatsbürger-Zeitung (3. Juli) einen auch äußerlich als solchen gekennzeichneten Sensationsartikel über das alte Thema von den Beziehungen des Kaisers zu jüdischen Persönlichkeiten. Da heißt es u. a.:

„Als das neue Bureauhaus der A. E. G. eingeweiht wurde, fand ein Souper von geradezu genial erklügelter Raffinement in den feenhaft hergerichteten Repräsentationsräumen statt; nur im englischen Kreise, das Haus Rathenau und seine Geschäftsfreunde, alles Juden; auch ein Christ soupierte mit an der Herrntafel: der deutsche Kaiser!“

Der Hammer schrieb in seiner Nr. 246 (September):

„Wer wird den letzten Hohenzollern, die sich nun trotz aller Lehren der Geschichte in die Häuser und an die Tafeln der Hebräer verirrt haben, das letzte Geleit geben? — Wird es das Geleit zum Reisewagen sein? — Oder das Geleit an jenen Wagen, auf welchem Ludwig XVI auf seine letzte Reise geschickt wurde? — Gott allein weiß es; wir wissen nur, daß die Tage der Monarchen gezählt sind, die sich mit Juden einlassen.“

In derselben Nummer wird der Kaiser an dem anlässlich des Jubiläums der Bankfirma Schickler an einem Diner dieser Firma teilgenommen hat. Die Vorstellung, daß der alte Kaiser beim Jubiläum seines Hojuden persönlich erschienen wäre, am „Festmah!“ teilgenommen und dort eine Tischrede gehalten hätte, diese Vorstellung sei einfach unmöglich, heute sei das möglich. — Daß die Schickler nicht Juden sind, genierte diese Geister nicht. Die Jubelriehe gehört nun einmal zum Handwerk der antifemistischen Agitatoren. Auf diesem Gebiete leistet der Hammer von jeher Erleuchtliches.

Und mit diesen antifemistischen Konventionen schließt der Börsenfreisinn bei den Stadtverordnetenwahlen Bündnisse gegen die Arbeiter.

Die schwarzblaue Schulfreundschaft

leistete sich in der letzten Stadtverordnetenversammlung wieder etwas spezielles. Der Magistrat teilte mit, daß der unter der Leitung des Kommerzienrats Münsterberg stehende Verein für Knabenhandarbeit seine Tätigkeit wegen Mangel an Mitteln einzustellen gezwungen sei. Deshalb sollte der Unterricht an dem auch Volksschüler beteiligt sind, auf die Stadt übernommen werden, die vorläufig dafür 1600 Mark jährlich aufwenden wollte. Auch dem Verein mußten schon Zuschüsse gezahlt werden. Gegen die Bewilligung wendete sich der schwarzblaue Lange mit der kostbaren Begründung, daß der Unterricht sich so ausdehnen könnte, daß er allen Schülern erteilt würde! Die Vorstellung dieser schrecklichen Verbesserung des Schulunterrichts, die in vielen wirklich modernen Großstädten in Schülerwerkstätten schon längst verwirklicht ist, war dem schwarzblauen Vertreter des Allgemeinwohls so entsetzlich, daß er deshalb die Vertagung beantragte. Die Stadtverordnetenwahlen sind eben so nahe, daß man ehrlicherweise die erwidrigte Abwürgung lieber bis nach ihrer Erledigung verschob. Selbstverständlich war Lange auch aus Sparjamkeit gegen die Übernahme der Aufgaben des Vereins. Ihm sekundierte in der Förderung der Volksverdummung der ob seiner besonders reaktionären Ansichten selbst auf dem westpreussischen Städtekongress herorgetretene Hausbesitzerführer Schade. Die dringlichen Vorstellungen des Oberbürgermeisters und des Stadtschulrats prallten an dieser Opposition völlig wirkungslos ab. Die freisinnigen Blockflaven duckten sich vor der

Stadtschreiber Knörke.

Eine Reminiscenz aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

Von Hermann Lorenz.

2) In einem solch kleinen Städtchen bringen es die Verhältnisse so mit sich, daß der Verkehr im allgemeinen mit den Organen der hohen Obrigkeit sich ganz anders gestaltet, als in der Großstadt. Auch die Genossen unseres Städtchens kamen oft am Bierische mit den Rathauspersonen in Berührung.

Das machte wohl auch der Grund sein, warum Knörke — trotz seines Strebertums — wenigstens in der Dessenlichkeit nicht brutal auftrat.

Er fürchtete wohl, daß ihm die Genossen bei einem plötzlichen Zusammentreffen in einer Kneipe, auswichen könnten. Natürlich auf Umwegen.

Dafür hatte er Respekt.

Freilich, wenn man die Geheimnisse seines Schreibtisches hätte ergründen können, da hätte man wohl manches gefunden, was den Streber und den Wolf im Schafspelz dokumentiert hätte. Ueber jeden Genossen, der sich öffentlich betätigte, wurde Buch geführt.

So war er in dem großen Staatsverordnungsprozesse im Jahre 1881 nach den Reichstagswahlen, wobei neunzehn Genossen seines Polizeibezirks mit angeklagt waren, Kron- und Leumundszeuge über jeden mitangeklagten Genossen. Er mußte über jeden einzelnen Auskunft geben, inwieweit er sich betätigt hatte, was niemals zu ergötzlichen Szenen führte, da Knörke mehrmals die Personen verwechselte.

So schilderte er einen Genossen als „Sprecher“ was allgemeine Heiterkeit unter den Angeklagten hervorrief, da dieser Genosse, obwohl ein tüchtiger Kerl, nichts weniger als ein „Sprecher“ war und sich höchstens durch Knurren bemerkbar gemacht hatte.

Von dieser Zeit an hatte der betreffende Genosse den Spitznamen „der Sprecher“. So wurde also gerichtlich festgestellt, daß über alle Genossen, welche öffentlich tätig waren, auf dem Rathaus Personalakten angefertigt waren.

Die offizielle Tätigkeit Knörkes gegen die Arbeitervereine fällt in das Jahr 1875. Der frühere Bürgermeister Ludwig Sachs — Karl's eigentlicher Behermeister — hatte im Jahre 1875 eine Anzahl Weber für Tuchfabriken am Orte importiert, was den Tuchfabrikanten sehr lieb war, um den sozialdemokratischen Arbeitern ein Gegengewicht zu stellen. Denn diese importierten Weber gehörten den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften an und stammten aus schlechten Tuchmachersstädten, wo damals die Gewerkschaften unter den Textilarbeitern viele Anhänger besaßen. Daß diese

Hirsch-Dunderschen Jammergestalten nicht nur harmonieunfähig, sondern auch patriotisch, kaiser- und königstreu waren, versteht sich am Rande.

Aber auch zu anderen josholeren Zwecken waren diese Leuten zu gebrauchen. Sie wurden offensichtlich von dem Bürgermeister dazu angehalten, Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins, in welchem die sozialistisch gesinnten Arbeiter damals schon die Oberhand hatten, zu werden.

Das Eindringen der Hirsch-Dunderschen führte zu langen inneren Kämpfen, die dahin ausliefen, daß der Arbeiterbildungsverein unter das Vereinsgesetz gestellt wurde. Dies bedeutete, daß der Verein seine Verammlungen vorher anzumelden hatte und dieselben nun polizeilich überwacht wurden.

Einigen dieser Hirsch-Dunderschen wurde nun bewiesen, daß sie bei polizeilichen Vernehmungen, die sie bei dem Stadtschreiber Knörke gehabt hatten, den Verein als einen politischen der Polizei gegenüber denunziert hatten.

Natürlich wurden diese Denunzianten aus dem Verein kurzer Hand ausgeschlossen, da man doch Polizeispiegel nicht gut gebrauchen konnte.

Die „polizeilich nun feststehende“ politische Tendenz des Vereins war erwiesen und die Heberwachung blieb bestehen.

Ebenso mußten nun alle Mitglieder unter 21 Jahren aus dem Vereine ausgeschieden, da einem politischen Vereine nur Dispositionsfähige, d. h. über 21 Jahre alte Mitglieder angehören durften. Freilich blieben die jüngeren Mitglieder dem Vereine erhalten, denn sie konnten als Scholaren an den Gesangs-, Turn- und anderen Litteraturstunden, welche der Verein bot, teilnehmen.

Dies war Knörkes erste Heldentat gegen die Arbeiterbewegung.

Nun kam das Jahr: des politischen Deliriums, das Attentatsjahr 1878.

Das war für Knörke ein gefundenes Fressen. Jetzt hätte er sich in seiner ganzen Größe und Würde.

Nach dem Muster der Großstädte wurde auch in unserem Städtchen verboten und aufgelöst, daß es nur so eine Luft war.

Auch der Arbeiterbildungsverein fiel der polizeilichen Aufsicht zum Opfer.

Jetzt erwachte nun in Knörke die Begierde, sich als Staatsretter aufzuspielen.

Junächst ging es an ein Konfiszieren sämtlicher Utensilien des Arbeiterbildungsvereins. Gleich am Tage nach der öffentlichen amtlichen Bekanntgabe des Verbots des Vereins im Amtsblatte, erschienen Knörke unter Aufsicht des dicken Stadtschreibermeisters Kurze bei dem Vorsitzenden, dem Genossen Bamlich, um zu konfiszieren.

Bamlich, seines Zeichens Schankwirt, stand gerade mit untergeschlagenen Armen am Willard und sah so Knörke mit seiner Begleitung, welcher an dem Fenster vorbei mußte, kommen und lachte sich im Stillen eins. Er mußte ja, wie die Geschichte nun kommen würde und war vorbereitet.

Mit der Amtsmiene ersten Grades angetan erschien Knörke im Schanklokale und machte Bamlich mit dem Zwecke seiner Mission bekannt. Gleichzeitig forderte er Bamlich auf, sämtliche, dem Arbeiterbildungsvereine gehörigen Gegenstände sofort zwecks Beschlagnahme herauszugeben.

Bamlich, ein „aller ehrlicher Seemann“, gab heraus, was er hatte. Eine schwarze Wandtafel, ein dazu gehöriges Lineal, ein Lintensaß und die Fahne des Vereins. Die Fahne war zirka 1/2 Meter im Quadrat groß und von rotem Plüsch umrahmt mit einer breiten Goldborde. Inmitten des Feldes waren die Worte: „Arbeit! Freiheit!“ in goldenen Schriftzeichen zu lesen, ein Motto der Lassalleschen Zeit. Das waren die Reste des Vermögens des Arbeiterbildungsvereins.

Knörke, welcher glaubte, heute einen großen „Fang“ tun zu können, sah sich unangenehm enttäuscht, als ihm Bamlich diese Gegenstände auslieferte. Unerwartet sagte er zu Bamlich: „Aber das kann ich doch gar nicht glauben, daß dies alles sein soll. Der Verein hatte doch einen Schrank, worin sich eine reichhaltige Bibliothek befand, ich erluche Sie daher, zu: Namen des Gelekes der Schrank mit der Bibliothek auszuführen.“

„Und ich sage Ihnen“, erklarte Bamlich nun, daß die Bibliothek schon lange mein Eigentum ist, ebenso wie die Wandtafel und die Fahne.“ Wenn ich die Fahne und die Wandtafel Ihnen ausliefern, so geschieht es deshalb, um mir unnötige Schereorien zu ersparen, aber die Bücher bekommen Sie nicht. — Sie wissen dies ganz genau, da Sie doch jederzeit die Versammlungen des Vereins überwacht haben. Sie wissen, was in der vorletzten Versammlung des Vereins beschlossen wurde und zwar einstimmig, daß von diesem Tage an alle Vereinsutensilien mir gehören.“

Die Behörde sieht dies aber nur als eine Schiebung an.“

„Wie die Behörde dies ansieht, ist mir vollständig schnuppe. Im Übrigen“, erklarte Bamlich weiter, „habe ich die Bibliothek ver-“

„Knörke hatte sich währenddessen eine Prife genommen, fuhr aber bei dem Worte „verschenkt!“ in die Höhe, als hätte ihn ein Stich gebissen. „So, so, hm, hm, verschenkt, das kann ich doch nicht glauben, an wen denn, wenn ich fragen darf?“

„Ja, das ist ja meine Sache“, entgegnete Bamlich mit großem Gleichmut, „die Bücher und der Schrank gehören mir.“

„Das wird sich schon finden“, erklarte Knörke ärgerlich, als er sah, daß Bamlich nicht aus seiner Ruhe zu bringen war.

(Fortsetzung folgt.)

Weltliche der Zentrumskonferenzen und geben schließlich ihre Zustimmung. Mit erheblicher Mehrheit wurde der Magistratsantrag durch die Vertagung abgewürgt.

Hier mit der Kirchensteuer. Die Ehefrau des Herrn R. P. wurde von der katholischen Kirche zur Kirchensteuer veranlagt. Darob großes Erstaunen in der Familie. Da die Frau des Herrn P. niemals der katholischen Kirche angehört hat, wurde reklamiert.

Daraufhin erhielt P. von der katholischen Kirchengemeinschaft Danzigs folgenden Brief:

Danzig, d. 16. 9. 12.
St. Johannis, kl. Saal unten.
9-1 Uhr.

Herrn R. Pleitner.

Auf Ihre geehrten Zeilen vom 14. d. Mts., erwidere ich, daß Ihre Ehefrau als kath. Confin in dem Magistrat angegeben worden ist und haben Sie von der Hälfte Ihrer Einkommensteuer 15% für Ihre Ehefrau mit M. 1,35 zu zahlen.

M. Segersputowski,
Verwalterin des Steuerbüros für den Gesamtverband der kath. Kirchengemeinden Danzigs und der V. terte.

Also die Ehefrau des Herrn P. ist niemals katholisch gewesen, wird aber von dem Magistrat als katholisch angegeben. Wie ist das möglich? Ja, auch die Behörden können Fehler machen. Aber wenn ein gewöhnlich Sterblicher Fehler begeht, muß er dafür büßen.

Die Buchführung scheint daher auch nicht so sorgfältig zu sein, wie man annehmen sollte. Die Kirche natürlich nimmt, nimmt wo sie es herbekommt. Daß die Frau niemals katholisch war, macht, nach dem vorliegenden Briefe zu urteilen, gar keinen Eindruck. "Sie haben eben zu zahlen." Ja, die christliche Liebe ist teuer.

Rassenaustritt aus der Landeskirche ist die richtige Antwort.

Der sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt

hielt am Sonntag im Bürgergarten eine Versammlung ab, in der zunächst Genosse Gohl als Parteidelegierter seinen Bericht gab. Er brachte seine Befriedigung über den Verlauf und die Beschlüsse der Tagung uneingeschränkt zum Ausdruck. Allen Beschlüssen habe er zugestimmt. Besonders wichtige Beschlüsse waren die, welche den Parteigenossen die Förderung der Jugend- und Bildungsbestrebungen zur Pflicht machen. Ebenso die auf Antrag der ost- und westpreussischen Delegierten erneuerte Empfehlung des Schnapsbottels. Dem Ausschluß hüldenbrands habe er ohne Bedenken zugestimmt. Die nützliche und fruchtbringende Arbeit des Vortages werde auch die Partei erfolgreich beeinflussen.

In der Diskussion äußerten sich die Genossen Brochwitz und Kolesch im Sinne der vom Referenten vertretenen Meinung. Dann schlug die Parteivorstand als Kandidaten zur Stadtordeordnetenwahl vor: Für den ersten Bezirk die Genossen Grünhagen, Josten und Langowski, für den zweiten Bezirk Fräungel und Ehring, für den dritten Bezirk Keck, Grago und Brochwitz. Der letztere lehnte für diesen Bezirk ab. Brochwitz wurde darauf aus der Versammlung für den zweiten Bezirk an Stelle Fräungels vorgeschlagen. Nach längerer Debatte, in der mehrere Redner hielten Bericht und die Gründe des Beschlusses trüben, wurde Brochwitz an Stelle Fräungels für den zweiten Bezirk aufgestellt. Fräungel wurde für eine Kandidatur im dritten Bezirk in Aussicht genommen. Im Falle seiner Ablehnung soll Selkin an seine Stelle treten.

Telefonamt. Die Telefonnummern des nach Hundegasse 10 verlegten städtischen Telefonamtes sind geändert worden. Herr Stadtkonzeptsrat Storte, das Wasser- und Brückenbauamt hat Telefonnummern Nr. 3295, Herr Stadtbauinspektor Bruns, das Kanal- und Straßenbauamt, sowie die Postvermittlung Telefonamt Nr. 610.

Zubereitung von Seefischgerichten mit Gas. In der Ausstellungshalle der jüdischen Gasanstalt Brochwitzergasse Nr. 45-48 werden fortan an jedem Freitag nachmittags von 5-7 Uhr Fische aus dem jüdischen Seefischverkauf auf Gas gekocht und gebraut werden. Die Fischzubereitung ist unentgeltlich gestattet.

Aus Westpreußen.

Elbing.

Stadtordeordneten-Sitzung vom 27. September 1912.

Von recht weitgehender Bedeutung waren insbes. die Verhandlungen und Beschlüsse der letzten Stadtordeordnetenversammlung zum Ende der Einmündungsfrage für die städtischen Kinderheime zur vorläufigen Erledigung. Auch die heutigen Verhandlungen erzielten nicht das Geringste. Es ist uns nur unverständlich, warum bei den Verhandlungen über die Einmündungsfrage nicht doch mehr noch unter Bürgerrecht, sondern auch noch andere Kritik so leicht unternommen, die Defizite der Einrichtungen und deren verhältnismäßig hohen Preis nicht mehr in der Debatte über die Einmündungsfrage des Oberbürgermeisters an der Spitze der Stadtordeordneten hätte das Recht der Defizite betonen können. Warum also so gehemmt?

Stich zu Beginn der Sitzung wurde die nach dem Antrage der Stadtordeordneten vorzutragende Frage der Einmündungsfrage der Stadtordeordnetenversammlung zur vorläufigen Erledigung. Auch die heutigen Verhandlungen erzielten nicht das Geringste. Es ist uns nur unverständlich, warum bei den Verhandlungen über die Einmündungsfrage nicht doch mehr noch unter Bürgerrecht, sondern auch noch andere Kritik so leicht unternommen, die Defizite der Einrichtungen und deren verhältnismäßig hohen Preis nicht mehr in der Debatte über die Einmündungsfrage des Oberbürgermeisters an der Spitze der Stadtordeordneten hätte das Recht der Defizite betonen können. Warum also so gehemmt?

nen Resolution vom Magistrat, resp. dessen Vertretern, aufgetreten. Die Resolution ist eine energische Förderung der städtischen und der eingemeindeten Orte. Denn es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die neuen Bürger der Stadt infolge der Eingemeindung einen nicht unbeträchtlichen Vorteil erreichen und mit dem Kulturfortschritt marschieren. Was nun die einzelnen Anschlußbedingungen anbelangt, so sind dieselben gegenüber früheren Angeboten verhältnismäßig günstig. Vor Jahrzehnten bot der preussische Fiskus als Gutsherr von Ranggr-Kolonie ganze 4000 Märker als Entschädigung, resp. Abfindung. Jetzt hat sich der Fiskus verpflichtet, in mehreren Raten 1 100 000 Mark als einmalige Abfindung und 112 000 Mark laufende Entschädigung für Einverleibung der Kolonie zu bezahlen. Hinzukommen noch die von den Steuerzahlern der Kolonie jährlich zu entrichtenden Steuern im Betrage von 13 600 Mark. Außerdem gehen alle, öffentlichen Zwecken dienende Grundstücke und Gebäulichkeiten, mit Ausnahme der Gebäude einer Schule, unentgeltlich in den Besitz der Stadt Elbing über. Für die übrigen Eingemeindungsorte sollen 90 000 Mark einmalige und 4000 Mark laufende Entschädigungen geleistet werden. Die Stadt Elbing aber muß ein dem Fiskus gehörendes größeres Gelände käuflich zum Preise von 250 000 Mark erwerben. Die Stadtordeordnetenversammlung stimmte einstimmig der Eingemeindungsvorlage zu und vollbrachte damit einmal eine, ach so seltene große Tat.

Den breiten Raum der Verhandlungen nahmen die von unserten Genossen bereits vor drei Wochen gestellten aber damals vertagten Anträge, resp. Anträgen über Maßregeln zur Wohnungsnot und Lebensmittellieferung ein. Bei beiden Gegenständen einigte man sich auf Einsetzung gemischter Kommissionen, welche unerschrocken weitere Vorarbeiten leisten. Mit dem Verkauf von Seefischen hat der Magistrat bereits wieder in voriger Woche begonnen. Auf das Ergebnis der Kommissionsarbeiten darf man immerhin sehr gespannt sein. Bei dieser Gelegenheit soll noch besonders bemerkt werden, daß wiederum der Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft durch Abwesenheit glänzte. Von Seiten der Hirsch-Dunderschen Richtung wurde erst kürzlich ein nicht der Sozialdemokratie entnommenes Kommunalprogramm veröffentlicht und Resolutionen über Lebensmittellieferung und Kleinwohnungsreform verfaßt und mit großem Lärm der Öffentlichkeit unterbreitet. Was nützt all dieses theoretische Blödsinn, wenn in der Praxis die Mitarbeiter versagt. Selbst Protestversammlungen, wie solche Tags zuvor im Gewerbehaus stattfanden, und in welcher Herr Borrath referierte, erschienen uns unter diesen Umständen als flüchtige und eierbeste Spiegelgläser.

Der Stadtrat Koston ist als besoldeter Stadtrat in Flensburg gestorben und erfuhr um Entlassung aus städtischen Diensten zum 1. Nov. Nachdem Herr Koston hier bei der Wahl des 2. Bürgermeisters durchfiel, bewarb er sich in einer Anzahl deutscher Städte um ähnliche Posten. Nach Sturzwitz! Eine neungliedrige Kommission soll die auszusprechende Satzung und Befehung des hiesigen Bürenns vorbereiten.

Einer Mitteilung des Magistrats zufolge haben in Zukunft alle Steuerzahler von über 2100 Mark jährlichen Einkommens ihre fälligen Steuern im Rathaus einzuliefern, sie werden also nicht mehr durch Steuerheber abgeholt. Der Magistrat nennt dies eine verwaltungsrechtliche Maßregel, welche zwar den Stadtordeordneten mitgeteilt werden kann, wozüber diese aber nicht zu befinden und zu beschließen haben. Auch ein Beitrag zur Selbstverwaltung der Gemeindefinden und zur notwendigen Reform der Städteordnung. Der Förster von Sechhausen wurde nach der 20 Kilometer entfernten Försterei Reichenberg versetzt. Zu dem Umzuge benutzte derselbe zwei große Röhrenwagen und 18 Fuhrer. Liquidiert wurden hierfür circa 550 Mark. Da dergleichen der Stadtordeordnetenversammlung etwas zu toll vorkam, wird die Sache zwecks weiterer Nachprüfung verlegt. Eine Anzahl Jahresrechnungen fanden glatte Erledigung. Herr Kommerzienrat Fische wurde anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der Schichauwerke zum Ehrenbürger proklamiert. Wir kommen später darauf zurück.

Danzig-Land.

Die Polizeiwachstube von Ohra im Lokale zur Ostbahn?

Als im vorigen Monat die große Sitzung in Ohra ausgeführt wurde, war der Schriftführer Danziger Blätter nach mehrmaliger Sitzung am 20. September in einer Versammlung in Zoppot abhandelt. Der ganz vorzügliche Musterdrift führte folgendes aus: Über die Teuerung dürfen wir uns gar nicht wundern, weil die Bevölkerung Deutschlands immer größer wird und von den Arbeitern bedeutend mehr Fleisch gegessen wird, als früher. Von wo soll schließlich all das Fleisch herkommen. Im Jahre 1818 zählte die deutsche Bevölkerung 26 Millionen und heute über 60 Millionen. Der Redner meinte, alles, was die Sozialdemokraten gegen die Fleischteuerung vornehmen, hätte nur den Zweck, die Arbeiterkaste anzufrieden zu machen. Es hat absolut keinen Zweck, aus Rußland nach Deutschland Fleisch zu beschaffen. Er, Beuster, könne aus Erfahrung sprechen, weil er an der russischen Grenze gearbeitet habe und das Fleisch aus Rußland schlecht sei. Beuster sagte: Ich selbst würde das Fleisch aus Rußland nicht essen! Also nach Beusters Überzeugung dürfen wir nur weniger Fleisch essen und dafür sorgen, daß die Bevölkerung nicht immer größer wird, dann ist schon dem Übel abgeholfen. Beuster meinte noch, wenn das Fleisch in Rußland billiger ist als bei uns, so liegt dies daran, daß in Rußland nicht so viel Fleisch von den Arbeitern gegessen wird und die können auch nicht so viel Fleisch essen, weil sie nicht soviel verdienen wie die deutsche Arbeiterkaste.

Es erübrigt sich, auf dieses Geschwafel näher einzugehen. Wir haben die Gründe der Fleischnot und der Teuerung seit vielen Wochen nachgewiesen. Zu bedauern sind nur die Schaffingen, die sich von einem solchen "Arbeiter"-führer an der Nase herumführen lassen.

die Ostbahnbezüglicher. Im ersteren verkehren ja auch Sozialdemokraten. Die Polizei ist selbstverständlich immer unparteiisch. Nun wissen wir, daß dem Herrn Amtsvorsteher nichts von dem Leben und Treiben in der Ostbahn bekannt ist und daß ihm wenig oder gar nichts davon berichtet wird. Deswegen stellen wir an den Herrn Amtsvorsteher das Ersuchen, seinen Polizeibeamten dahin Instruktion zu erteilen, daß der Rechtsgrund in Ohra sich durchbricht: vor dem Gesetz sind alle Bürger gleich. Im übrigen verweisen wir auf den neuen Erlaß des preussischen Ministers des Innern an die Polizeibehörden. Zur gefälligen Kenntnisnahme lassen wir denselben folgen:

Die auf meinem Rundschreiben vom 1. April 1909 vorgelegten tabellarischen Übersichten lassen erkennen, daß hinsichtlich der den Verwaltungsbeamten zur Annahme von Geschenken und anderen Zuwendungen privater Personen zu erteilenden Genehmigung nicht immer mit der durch die Natur der Sache gebotenen Vorsicht und Zurückhaltungen verfahren wird. Weht man der in der Wissenschaft und in der Rechtsprechung herrschend gewordenen Meinung folgenden davon aus, daß die einem Verwaltungsbeamten seitens seiner vorgesetzten zuständigen Behörde erteilte Genehmigung zur Annahme von Geschenken oder Entgegennahme anderer Vorteile für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung die Strafbarkeit des Beamten gemäß § 31 des Reichsstrafgesetzbuches ausschließt, so erwacht hieraus für die Genehmigungsbehörden die erste Pflicht, bei Ausübung der fraglichen Befugnis alles zu vermeiden, was das Erfinden der Beamten für die bestehende Rechtslage abzustumpfen oder zu zerstören geeignet sein könnte und dafür zu sorgen, daß die Integrität und das Ansehen der Beamten durch die Handhabung des Genehmigungsrechts in keiner Weise beeinträchtigt wird. Von diesem Gesichtspunkte aus kann es aber beispielsweise nicht gebilligt werden, daß einzelnen Beamten gestattet wird, Geschenke oder andere Vorteile von Privatpersonen entgegenzunehmen, daß sie deren Wohnungen, Grundstücke, Geschäftsräume usw. überwachen, obgleich diese Überwachung zu den regelmäßigen Dienstobliegenheiten dieser Beamten gehört, oder ferner daß die Genehmigung dazu erteilt wird, daß zahlreichen Beamten einer Polizeiverwaltung für ihre Bemühungen zur Feststellung und Angabe öffentlicher Luftbarkeiten seitens einer Gemeinde Zuwendungen in Form einer Lantime an dem Ertrage der für die Gemeindekasse zur Hebung gelangenden Luftbarkeitssteuer gemacht werden. Des weiteren muß es, wie bereits im Einzelfall wiederholt betont worden ist, als zufällig erachtet werden, zu genehmigen, daß für Polizeibeamte, die anlässlich von Streikbewegungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder zum Schutze von Arbeitgebern oder von Arbeitswilligen herangezogen sind, von den beteiligten Unternehmern Geldgeschenke oder andere Vorteile, ein freies Quartier, sowie Verpflegung usw. gewährt werden. Ich unterlasse es, an dieser Stelle auf andere, nicht minder bedenkliche Formen von Zuwendungen an Beamte näher einzugehen, nehme aber Veranlassung, auf die in dem Rundschreiben vom 21. November 1901 dargelegten Grundfälle wiederholt hinzuweisen und die strenge Beachtung in Erinnerung zu bringen.

Marienburg.

Weil der Kaufmann Carl Flade und der Kaufmann August Blumenthal, beide aus Pöfslge, am 7. Juli während des Gottesdienstes am Vormittage Gäste im Lokal geduldet und Getränke verabfolgt, haben dieselben ersterer ein Strafmandat über 10 Mark und letzterer ein solches über 3 Mark erhalten. Dieselben werden freigesprochen, da einmal die betreffende Polizeiverordnung nicht genügend in Pöfslge bekannt gemacht und dann auch nach der Polizeiverordnung vom Jahre 1896 Gäste geduldet werden können, wenn dadurch kein Lärm resp. Störung des Gottesdienstes hervorgerufen wird.

Fleisch von verendeten Tieren. Am Freitag wurde hier bei dem Fleischermeister Berdel in der Ziegelgasse minderwertiges Fleisch beschlagnahmt. Wie uns mitgeteilt wird, soll das Fleisch von krepierenden Kindern herrühren, wenigstens das Meiste. Auch wurde Fleisch beschlagnahmt, das schon im Verkaufsaume lagerte und auch aus derselben Quelle stammen sollte. Berdel soll angegeben haben, das Fleisch von einem anderen auswärtigen Fleischer gekauft zu haben.

Zoppot.

Aus Zoppot wird uns geschrieben: Von mehreren christlich-organisierten Maurern und Zimmerern wurde mir gesagt, wie der Lokalbeamte Beuster aus Danzig in einer Versammlung in Zoppot am 20. September die Gründe und Ursachen der Teuerung abhandelt. Der ganz vorzügliche Musterdrift führte folgendes aus: Über die Teuerung dürfen wir uns gar nicht wundern, weil die Bevölkerung Deutschlands immer größer wird und von den Arbeitern bedeutend mehr Fleisch gegessen wird, als früher. Von wo soll schließlich all das Fleisch herkommen. Im Jahre 1818 zählte die deutsche Bevölkerung 26 Millionen und heute über 60 Millionen. Der Redner meinte, alles, was die Sozialdemokraten gegen die Fleischteuerung vornehmen, hätte nur den Zweck, die Arbeiterkaste anzufrieden zu machen. Es hat absolut keinen Zweck, aus Rußland nach Deutschland Fleisch zu beschaffen. Er, Beuster, könne aus Erfahrung sprechen, weil er an der russischen Grenze gearbeitet habe und das Fleisch aus Rußland schlecht sei. Beuster sagte: Ich selbst würde das Fleisch aus Rußland nicht essen! Also nach Beusters Überzeugung dürfen wir nur weniger Fleisch essen und dafür sorgen, daß die Bevölkerung nicht immer größer wird, dann ist schon dem Übel abgeholfen. Beuster meinte noch, wenn das Fleisch in Rußland billiger ist als bei uns, so liegt dies daran, daß in Rußland nicht so viel Fleisch von den Arbeitern gegessen wird und die können auch nicht so viel Fleisch essen, weil sie nicht soviel verdienen wie die deutsche Arbeiterkaste.

Es erübrigt sich, auf dieses Geschwafel näher einzugehen. Wir haben die Gründe der Fleischnot und der Teuerung seit vielen Wochen nachgewiesen. Zu bedauern sind nur die Schaffingen, die sich von einem solchen "Arbeiter"-führer an der Nase herumführen lassen.

Thorn.

Zur Erweiterung unserer Leser teilen wir aus der Thornet Presse folgendes mit:

Eingefandt.

(Für diesen Teil übernimmt die Schriftleitung nur die rechtliche Verantwortung.)
Immer das alte Lied von den hohen Fleischpreisen und der armen Bevölkerung. Gibt es denn noch eine "arme" Bevölkerung im früheren Sinne — heutzutage, wo auch der solide Arbeiter sich nett kleidet und anständig wohnt? Von mehr oder weniger selbstverdienendem Elend, das es natürlich immer gibt, abgesehen. Ich meine, es ist eine Beleidigung für unseren Arbeiterstand, stets von ihm als der "armen" Bevölkerung zu sprechen. Meine Frau erhält nicht mehr Wirtschaftsgeld als früher, und ich merke nicht, daß die Mahlzeiten schlechter sind. Eine gute Hausfrau muß auch über die schlechten Zeiten hinwegkommen. Fort mit den großen Hüten und weißen Kleidern, denn wird was Geld auch reichen. Solange die Brautereien nicht klagen, dürfen wir auch nicht über schlechte Zeiten klagen. Wie war es denn früher bei Teuerungen? Da litten die Menschen tatsächlich Hunger und viele verhungerten.

Jetzt hat doch jeder noch satt zu essen, die Pestillen sind auch nicht leerer geworden und die Beiträge für Vereine und Gewerkschaften werden immer noch bezahlt. Die Teuerung muß ja auch bald aufhören, da wir eine reiche Futterernte haben. Nur noch ein bisschen Geduld! Ein guter Bürger.
Der gute Bürger müßte nach seinem Tode ausgekostet und im Panoptikum ausgestellt werden als Wahrzeichen der Geduld. Man kann es einer Redaktion wirklich nicht verdenken, wenn sie für solche Ergüsse eine Verantwortung ablehnt.

Die Bedeutung der Pflanzenkost.

Von Gertrud Ahlsdorff, Danzig.

Außerdem werden die Nährstoffe vollkommen vom Körper ausgenutzt, während bei den gewöhnlichen Hülsenfrüchten immer ein Teil verloren geht.

Die Getreidenahrungsmittel zeichnen sich auch durch großen Nährwert aus. Durchschnittlich haben die einzelnen Getreidearten folgende Zusammenfassung:

	Wasser	Eiweiß	Fett	Kohlenhydrate	Zellulose	Salze
Weizen	13%	12%	1%	67%	2%	1%
Roggen	15	11	2	67	2	1
Gerste	13	11	2	65	4	2
Hafer	12	11 1/2	6	55	10	3
Reis	13	7	1 1/2	76	1 1/2	1

Der Hafer enthält die meisten Salze; phosphorsaure Kalk- und Eisen Salze sind wichtig für Blutbildung und Knochenbau. Aus allen diesen Getreidearten stellt man die verschiedensten Produkte her. Man verarbeitet sie zu Mehl und dieses zu Brot, Semmeln, Kuchen, Teigwaren (Nudeln, Makkaroni usw.) oder man stellt Grieße, Graupen, Floken und Brühen daraus her. Bei der Verarbeitung der Getreidekörner sollen möglichst viele Nährstoffe ins Produkt gelangen und nur wenig an den Zellulosehäuten haften bleiben. Die moderne Industrie hat auf Grund wissenschaftlicher Versuche lange an diesem Problem gearbeitet und Knorr ist es gelungen, Fabrikate herzustellen, die sich durch hohen Nährwert und leichte Verdaulichkeit auszeichnen. Knorrs Hafer-, Gersten-, Reis- und Brunnenermehle sind in Form von Suppen und Breis für Kinder und Kranke besonders geeignet. Weizen- und Reismehle verwendet man ebenfalls zu Suppen und Breis wie auch für Saucen, feine und einfache Süßspeisen und Backwerk. Unter den Teigwaren sind Nudeln und Makkaroni von hohem Nährwert. Im Durchschnitt enthalten sie 12-13% Eiweiß und 60% Stärke, die Knorrschen Hahnmakkaroni jedoch 12-14% Eiweiß und 72% Stärke, da zu ihrer Herstellung Hartweizengries verwendet wird. Sie werden mittels patentierter Spezialmaschinen durch frische Preßluft schnell getrocknet und zeichnen sich durch starkes Quellen beim Kochen und Wohlgeschmack aus.

Nudeln und Hahn-Makkaroni sollten öfter statt Kartoffeln als Beigabe zu Fleisch und Gemüse genossen werden, oder als einzelnes Gericht mit Tomaten, Kräutersauce, mit geschmortem Obst usw.

Die Getreidenahrungsmittel sollten in viel größerer Menge verwendet werden als bisher. Ihre hohe Bedeutung ist aus dem Vorhergehenden ersichtlich. Der Preis ist ein geringer, so daß jede Hausfrau imstande ist, sie ausgiebig zu verwenden. Auch zum Abendbrot sollten sie öfter erscheinen, statt des üblichen „kalten Aufschnitts“. Ich nenne einige Gerichte: Hahn-Makkaroni mit Apfelmus, mit Schinken, mit Tomatensauce; Salat aus Hahn-Makkaroni; Reis mit Äpfeln, Zitronen, Apfelmus, Pflaumen; Reiskoteletts, gebackene Hafergrüße mit Fruchtlast oder süßer Sahne, Reis mit Aprikosen usw. Viele Gerichte kann man vormittags fertigstellen und abends wärmen, so daß man nicht viel Zeit und Feuerung verbraucht.

Weniger reich an Nährstoffen — aber wegen der blutbildenden Salze von hoher Bedeutung — ist alles das, was man unter dem Namen Gemüse und Obst zusammenfaßt. Zum Gemüse rechnen wir auch die Pilze und die Kartoffel. Seit

Friedrich der Große so energisch für ihren Anbau gesorgt hat, ist dies fremdländische Gewächs bei uns heimisch geworden und fehlt heute auf keinem Tisch. Die Kartoffel wird in großer Menge angebaut, da sie genüsam ist und sogar auf Sandboden gedeiht; sie läßt sich in der verschiedensten Art und Weise verwenden und wir können sie täglich genießen, ohne sie uns über zu essen. Ihr Nährwert wird meist überschätzt; sie enthält 20% Stärke und nur 2% Eiweiß, das, dicht unter der Schale liegt und meist beim Schälen verloren geht. Man solle — wenn's geht — in der Schale gekochte Kartoffeln bevorzugen, da hier das Eiweiß erhalten bleibt.

Die Bestandteile der Gemüse sind folgende:

	Wasser	Eiweiß	Fett	Zucker	Säure	Zellulose	Salze
Möhren und andere Rüben	80%	1%	0,21%	1%	7%	1%	1 1/2%
Schwartzwurzeln	80	1	0,50	2	12	2	1
Rohrtrabi	85	2	0,22	0,40	8	1	1
Kürbis	90	0,71	0,05	1	5	1	0,84
Spargel	93	1	0,28	0,40	2	1	0,50
Kohlarten	80-90%	1-4	1 1/2	1-2	2-10	1	1
Spinat und Salat	90-94	1-3	1/2	-	1-3	1/2	1

(Schluß folgt.)

Kleine politische Nachrichten.

Der frühere Land- und Reichstagsabgeordnete Graf Limburg-Stirum ist am 27. September gestorben. Der Verstorbene gehörte der konservativen Partei an und war einer der rigorosesten Junker, der den arbeitenden Klassen nur Lasten mit auferlegte, damit die Junker herrlich und in Freuden leben konnten.

Letzte Nachrichten.

Sofia, 30. September. Infolge der in den letzten 2 Tagen eingetroffenen alarmierenden Nachrichten, betreffend die Konzentrierung beträchtlicher türkischer Streitkräfte in der Umgebung von Adrianopel an der bulgarischen Grenze, sah sich die bulgarische Regierung, um jeder Eventualität zu begegnen, genötigt, heute die Mobilisierung zu proklamieren.

Belgrad, 30. September. König Peter hat die allgemeine Mobilisierung der serbischen Armee angeordnet. Die Skupschtina wird für den 4. Oktober einberufen.

Griechenland machte ebenfalls mobil.

Empfehlenswerte Lokale für Danzig und Umgegend.

Nachstehend geben wir den organisierten Arbeitern die Adressen der Wirte bekannt, die uns ihre Lokale zu Versammlungen zur Verfügung stellen. Pflicht aller organisierten Arbeiter ist es, sofern sie ein Gasthaus aufsuchen wollen, zu diesen Wirten zu gehen. Wir sind verpflichtet, den Schaden, den ihnen Behörden und Volksfeinde durch Boykott zufügen, nach Möglichkeit auszugleichen, indem wir bei diesen Wirten unsern Verkehr konzentrieren. Ganz besonders bitten wir die Wirte in den Ausflugsorten zu beachten.

- Danzig, Restaur. Zur Mauerherberge, Schüsselbamm Nr. 28.
- Danzig, Restaurant von Reimann, Fischmarkt Nr. 6.
- Danzig, Restaurant von Sinnig, Hirchgasse Nr. 9.
- Schidlich, Restaurant Weinberg, Weinbergstraße Nr. 8.
- Schidlich, Restaurant Bürgergarten, Karthäuserstraße Nr. 27.
- Ohra, Restaurant Zum fidelem Bauer, Ohra-Niederfeld.
- Langjahr, Restaurant Zur Erholung, St. Michaelsweg Nr. 39.
- Heubude, Restaurant von Kankhad.
- Krakau, Restaurant von Thomas.
- Laurent, Restaurant von Siebert.

Arbeiter! Meidet den Fusel!

Zentralbibliothek Danzig.

Unentgeltliche Bücherausgabe an jeden gewerkschaftlich oder politisch organisierten. Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch oder die Kontroll-Karte.

Bücherbestand zirka 1500 Bände. Katalog 10 Pf.

Geöffnet:

Mittwochs von 7-8 Uhr abends

Sonnabends von 6-8 1/2 Uhr abends

Die Bibliothek befindet sich

Dominikswall 8, Hof, 1 Treppe.

Karl Kautsky: Der Weg zur Macht.

Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution.

Preis 50 Pfg.

Diese hochbedeutende Schrift sollte Eigentum eines jeden Genossen werden.

Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Sozialdemokratischer Verein, Elbing.

Achtung! Parteigenossen!

Donnerstag, den 3. Oktober, abends 8 Uhr

Partei-Versammlung

im Volkshaus, Holzstraße 4.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Parteitag in Chemnitz.

2. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Parteigenossen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Der Neue Welt-Kalender für 1913

Preis 40 Pfg., ist eingetroffen.

Buchhandlung „Volkswacht“, Paradiesgasse 32.

Central-Theater

Elbings grösster u. schönster Kino

Nur Brückstrasse 15.

Von Montag bis Mittwoch

Fahrendes Volk

Großes Drama aus dem Leben der wandernden Künstler.

3 Akte! 3 Akte!

Außerdem der Dreiaakter

Die Schlangentänzerin

Großes herrliches Drama.

Nur noch bis Sonntag der Dreiaakter

Die große Zirkusattraktion.

Die Direktion.

Centralbibliothek der Elbinger Arbeiterchaft

Gröffnung: Freitag, den 4. Oktober

Bibliothekstunde v. 7-8 1/2 Uhr abends

Die Benutzung ist für Mitglieder der Gewerkschaften und der Partei unentgeltlich

Der Arbeiter-Bildungsverein

Billig und gut
ist Uhrmacher
Tischmann
Spezialwerkstatt.

Inseraten-Vertreter für Elbing:
Albert Krüger
Elbing, Lange Niederstrasse 67.

Schillers Werke
Seine Werke
3 Bände zu 4 Mark
sind wieder eingetroffen
Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse Nr. 32.

Friseur
Albert Blumenthal
Marienwerder, Breitestr. 54.

Winter-Trikotagen

nur gute haltbare Ware

- Normal-Herrenhosen 1.50, 1.35 M
- Futter-Herrenhosen 1.60, 1.40 M
- Normal-Herrenhemden 2.00, 1.60 M
- Herren-Socken 50, 35 S
- Barchent-Unterröcke 1.50, 1.35 M
- Barchent-Hemden 1.40, 1.25 M
- Unter-Jacken, gestrickt 5.50 bis 2.25 M
- Strickwesten, 2reihig 6.50 bis 2.50 M

Kinder-Anzüge

Sweater warme Winterqualität 1,20 M

in Trikot, gestrickt, alle Preislagen

Sweaterhose warme Winterqualität 1,50 M

Gardinen und Läuferstoffe

Barzahlung 4 Prozent.

Barzahlung 4 Prozent.

Ertmann & Perlewitz

Holzmarkt 23, 25, 26 und Breitgasse.

Prima Sauerhohl . . . p. Pfd. 10 S
Streuzyker gr. u. fein p. Pfd. 23 S
Soda 3 Pfd. 12 S
3 Pack Kaffeeschrot 25 S
3 Pack Waschbän 10 S
Rein amerik. Petroleum p. Lit. 21 S
Sämtliche andere Waren in bester Qualität billigst bei
Theophil Kuschel, Gr. Rammbau 42.

Karl Klein, Schuhmacher
Danzig, Drehergasse 21.
Anfertigung nach Maß und
Reparaturwerkstatt.

Zigarren, Zigaretten

Kau- u. Schnupftabak
empfehl

Eugen Sellin
Danzig, Schüsselbamm 56
gegenüber der Bartholomäikirche.

Wäsche wird sauber gewaschen
und geplättet. Hinter Eiders Brau-
haus 15h. 2 Treppen.

Möbel-Spiegel Polsterwaren

empfehlen in nur sauberer und gediegener
Ausführung auf

Billigste Preise · Streng reelle Bedienung

Unerreicht dastehende Kulanz

Bei ganzen Aussteuern Extrapreise

Billigste Bezugsquelle auch bei Einkäufen gegen Bar!

A. Kaatz Nachf., Kaatz & Lessing, Danzig,

Lawendelgasse 23, vis-à-vis der St. Nikolai-Kirche an der Markthalle.

Kredit

Wir konzentrieren unser Augenmerk nur auf die Leistungen und beweisen mit unseren beispiellosen Erfolgen aufs neue, daß nicht nur die Billigkeit allein, sondern vor allem die Güte der Ware das Vertrauen der Kundschaft erwirbt. Sie können augenblicklich nicht vorteilhafter kaufen, als in unserer Wohlfeilen Herbst-Woche.

Wohlfeile Herbst-Woche

Mehrere tausend Meter
Gardinen
 besonders wohlfeil!

- Tüllgardinen** weiß und creme Meter 50 **38 S.**
Tüllgardinen weiß, creme, elfenbein ohne Applikatur Meter **80 S.**
- 3 Serien abgepaßte Tüll-Gardinen**
- Serie I** weiß und creme früher 6,00 - 7,00, jetzt **4,90 M.**
Serie II weiß und creme früher 9,00 - 10,00, jetzt **6,75 M.**
Serie III weiß, creme, elfenbein, vera früher 12,00 - 13,00, jetzt **8,50 M.**

1 Posten
Linoleum-Teppiche
 ohne Borte, mit Messingboden
 Größe 150 x 200 cm 200 x 250 cm 200 x 300 cm
6.75 9.75 12.75

Bohnermasse 58 S.
 Pfund-Dose

Puma-Stiefel
 ein neuer Stiefel für Damen und Herren **10 30**
 Einheitspreis

- Schuhwaren.**
- Kamelhaar-Pantoffel** mit Ledersohle **2.10**
Plüschpantoffel mit Filzsohle **70 S.**
Plüschpantoffel mit Filz- und Linoleumsohle **90 S.**
Kamelhaar-Hausschuhe mit Filz- und Ledersohle **1.75 M.**
Kamelhaar-Hausschuhe mit Bindfadensohle **95 S.**
Kamelhaar-Hausschuhe mit Linoleumsohle **1.15 M.**
- Große Posten Herren- und Damenstiefel** bis zur Hälfte des regulären Wertes zurückgesetzt.

- Toilette-Seifen.**
- 1 Pack. enthaltend 7 Stück feine Glycerinseife **68 S.**
 3 Stück franz. Eau de Cologne von Maubert, Paris **58 S.**
 3 Stück englische Veilchen-Seife von Manson & Co. **55 S.**
 3 Stück prima Kokosseife **25 S.**

Eucalyptus Mundwasser 95 S.
 Flasche

Ca. 500 Stück Postkarten-Albums mit Kalikodeckel
 200 400 500 600 Karten
65 S. 95 S. 1.25 M. 1.45 M.

- Strümpfe.**
- Damen-Strümpfe**, schwarz, plattiert, deutsch lang **58 S.**
Damen-Strümpfe, reine Wolle, deutsch und engl. lang, schwarz und braun **95 S.**
Damen-Strümpfe, schwarz mit buntem Stiefelmuster **1.10 M.**
Herren-Socken, Wolle plattiert vorzügliche Qualität **25 S.**
Herren-Socken Halbseide, schwarz **45 S.**
Herren-Socken farblich geringelt **85 S.**
Herren-Socken reine Wolle, feinfarbig **95 S.**

- Damen-Putz.**
- 3 Posten Damen-Plüsch-Formen in allen Farben Stück **6.75 M.**
 Jugendlicher, garnierter Mädchenhut in vielen Farben Stück **3.75 M.**
 Haarfilz-Gamins in allen Farben Stück **1.90 M.**

3 Stück echt französische Toiletten-Seife in elegantem Karton verpackt **95 S.**

Einmaliges Ausnahme-Angebot aus unserer bedeutend vergrößerten Abteilung Damen-Konfektion!

- 300 Mod. Herbst-Ulster**
 Neue lange Fassons für Damen und Backfische, in grundsoliden Qualitäten und ganz tadelloser Ausführung.
16.75 19.75 24.75 M.
- 200 Mod. Herbst-Kostüme**
 für Damen und Backfische, in schweren blauen und englisch gemusterten Stoffen. Gute Verarbeitung. Nur Neuheiten dieser Saison.
19.75 28.75 39.00 M.

- Lederwaren etc.**
- Markttasche, mit auch ohne Deckel und starken Lederriemen **95 S.**
 Markttasche aus Rindleder **2.95 M.**
 Frühstückstasche aus Rindleder **88 S.**
 Frühstückstasche mit Blecheinlage **95 S.**
 Aktenmappe 2 Zugschlösser und Druckknöpfen **95 S.**

Prima Oranienburger Kernseife gar. rein, Stange **38 S.**

Gehr. Freymann

G. m. b. H. - Danzig - Kohlenmarkt 27-29.

Ca. 800 Stück feine **Damen-Handtaschen**
 in allen modernen Formen und Farben, sehr sauber, elegant und dauerhaft gearbeitet

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
125 M.	245 M.	295 M.	395 M.

Abzahlungskonkurrenz

S. Mallenfort
 ELBING, Alter Markt 5
 Möbel und Konfektion

Abzahlungskonkurrenz

Brandung
 Chr. Schatz
 Danzig, Wasserstr. 11

Deutsches Bad Eibing
 Eibing, Wasserstr. 11

H. Herder
 Eibing, Wasserstr. 11

Danziger Akt-Bierbrauerei
 Jahresumsatz ca. 100000 M.

Erhältlich wöchentlich einmal

Julius Goldstein
 Danzig, Wasserstr. 11

F. Basarowski
 Danzig, Wasserstr. 11

A. Holz Nachf.
 Danzig, Wasserstr. 11

J. Noetzel
 Danzig, Wasserstr. 11

William Gräber
 Danzig, Wasserstr. 11

Max Krause, Danzig
 Danzig, Wasserstr. 11

Corsetts und Schürzen

Julius Goldstein
 Danzig, Wasserstr. 11

Julius Goldstein
 Danzig, Wasserstr. 11

A. Alfermann
 Danzig, Wasserstr. 11

F. Herber
 Danzig, Wasserstr. 11

Iscar Schützmann
 Danzig, Wasserstr. 11

Carl Herzog
 Danzig, Wasserstr. 11

Oscar Seydel
 Danzig, Wasserstr. 11

Julius Goldstein
 Danzig, Wasserstr. 11

Bezugsquellen-Verzeichnis

Häkergasse 10
 Danzig, Wasserstr. 11

S. Lazarus
 Danzig, Wasserstr. 11

Kara Goldblum
 Danzig, Wasserstr. 11

Schwernitz
 Danzig, Wasserstr. 11

Alf. Mahke
 Danzig, Wasserstr. 11

Otto Daberkow
 Danzig, Wasserstr. 11

Julius Goldstein
 Danzig, Wasserstr. 11

Julius Goldstein
 Danzig, Wasserstr. 11

Wilhelm Ebner
 Danzig, Wasserstr. 11

Zech's Kaffee
 ist der Beste

Paul Nachtigal, Eibing
 Danzig, Wasserstr. 11

Johannes Schamp
 Eibing, Fischerstr. 43/44
 Geschäftsbüro für Herren-Damen- & Kinderbekleidung
Arbeiter-Garderoben
 Nähmaschinen und Fahrräder
 Neue Rabattsarten

Sally Bieber
 Danzig, Wasserstr. 11

Müllers Lichtspiele
 Danzig, Wasserstr. 11

Koblen, Holz, Briketts

E. Ehlert
 Danzig, Wasserstr. 11

Kolonial- und Fettwaren

Rich. Faldert
 Danzig, Wasserstr. 11

Kavon-Seife zu haben
 Schidlitz, Karthäuserstr. 90.

Otto Foth
 Danzig, Wasserstr. 11

Franz Krzeminski
 Danzig, Wasserstr. 11

W. Salowski
 Danzig, Wasserstr. 11

Alex Schalke, Fischmarkt 45

C.F. Schumacher
 Danzig, Wasserstr. 11

Rob. Schulz
 Danzig, Wasserstr. 11

Otto Runkel
 Danzig, Wasserstr. 11

Otto Mews
 Danzig, Wasserstr. 11

Möbelmagazine

Arthur Schulz
 Danzig, Wasserstr. 11

Friedr. Dohm
 Danzig, Wasserstr. 11

Harmophon
 Danzig, Wasserstr. 11

Paul Jäschke
 Danzig, Wasserstr. 11

G. W. Petersen
 Danzig, Wasserstr. 11

H. Kanthack
 Danzig, Wasserstr. 11

Julius Goldstein
 Danzig, Wasserstr. 11

Julius Goldstein
 Danzig, Wasserstr. 11

L. Michaelis
 Danzig, Wasserstr. 11

Schuhwarenhaus Tuchler
 Danzig, Wasserstr. 11

A. Krieg
 Danzig, Wasserstr. 11

Geschw. Salinger
 Danzig, Wasserstr. 11

Julius Goldstein
 Danzig, Wasserstr. 11

Julius Goldstein
 Danzig, Wasserstr. 11

J. Bogusch
 Danzig, Wasserstr. 11

Paul Jäschke
 Danzig, Wasserstr. 11

Julius Goldstein
 Danzig, Wasserstr. 11

S. Lewy Nachf.
 Danzig, Wasserstr. 11

R. Schwartz
 Danzig, Wasserstr. 11

Wilh. Link
 Danzig, Wasserstr. 11

J. Moeck
 Danzig, Wasserstr. 11

Paul Mulack
 Danzig, Wasserstr. 11

Julius Goldstein
 Danzig, Wasserstr. 11